

## 10.3 Steuerrecht für die Landwirtschaft

Den besonderen Verhältnissen in der Land- und Forstwirtschaft wird durch Sonderbestimmungen im Steuerrecht Rechnung getragen.

### Bodenschätzung

Die Bodenschätzung erfolgt durch die Finanzverwaltung zur Feststellung der Ertragsfähigkeit von Ackerland und Grünland entsprechend den natürlichen Ertragsbedingungen (Bodenbeschaffenheit, Geländegestaltung, Klima, Wasserverhältnisse) mit Verhältniszahlen zum Optimum (=100) als eine der Grundlagen für die Einheitsbewertung.

### Bewertung von Vermögenschaften

Nach dem Bewertungsgesetz 1955 sind Vermögenschaften in der Regel mit dem Verkehrswert zu bewerten. Der Verkehrswert der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe liegt jedoch weit über dem kapitalisierten Reinertrag. Da die Abgaben aber nur aus dem Ertrag des Betriebes bezahlt werden können, ist das land- und forstwirtschaftliche Vermögen mit dem Ertragswert, das ist der 18fache durchschnittliche Jahresreinertrag (Kapitalverzinsung 5,6%) bei Bewirtschaftung mit entlohten fremden Arbeitskräften und Schuldenfreiheit, zu bewerten. Berücksichtigt werden insbesondere die natürlichen Ertragsbedingungen, die innere und äußere Verkehrslage und die Betriebsgröße. Dieser Einheitswert (EHW) hat für die Land- und Forstwirtschaft außergewöhnliche Bedeutung (siehe Begriff Einheitswert).

### Grundsteuer

Jeder inländische Grundbesitz, so auch der land- und forstwirtschaftliche, unterliegt der Grundsteuer. Steuer-schuldner ist in der Regel der Eigentümer. Der Steuer-messbetrag ergibt sich durch Anwendung einer Steuer-messzahl auf den EHW. Die Steuer-messzahl beträgt bei land- und forstwirtschaftlichen Betrieben für die ersten angefangenen oder vollen 3.650 Euro des EHW 1,6%, für den Rest des EHW 2%. Der jährliche Steuerbetrag ist nach einem Prozentsatz (Hebesatz) des Steuer-messbetrages zu berechnen. Der Hebesatz wird von den Gemeinden festgelegt und muss für alle in einer Gemein-de gelegenen land- und forstwirtschaftlichen Betriebe einheitlich sein.

### Einkommensteuer

Für Land- und ForstwirtInnen bestehen folgende Mög-lichkeiten der Gewinnermittlung:

- **Buchführung:** Der Gewinn buchführungspflichtiger Land- und ForstwirtInnen (siehe Buchführungsgrenzen) ist durch Bestandsvergleich des Vermögens (steuerliche Buchführung) zu ermitteln. Buchführungspflichtig sind

Land- und ForstwirtInnen, die im Rahmen ihres Betrie-bes

- einen Umsatz von über 400.000 Euro oder
- einen land- und forstwirtschaftlichen EHW (der bewirt-schafteten Fläche) von mehr als 150.000 Euro aufweisen.

### ■ Gewinnermittlung gemäß LuF PauschVO 2011:

- **Gewinnpauschallierung:** Der Gewinn nichtbuch-führungspflichtiger Land- und ForstwirtInnen wird bei einem EHW bis zu 100.000 Euro nach einem Durch-schnittssatz ermittelt. Für die bewirtschafteten landwirt-schaftlichen Flächen beträgt der Durchschnittssatz ein-heitlich 39%.
- **Einnahmen-Auagaben-Rechnung:** Der Gewinn nicht-buchführungspflichtiger land- und forstwirtschaftlicher Betriebe mit einem EHW von mehr als 100.000 Euro bis 150.000 Euro ist durch vereinfachte Einnahmen-Aus-gaben-Rechnung zu ermitteln (sogenannte Teilpauschalie-rung). Als Betriebsausgaben sind 70% der Betriebsein-nahmen anzusetzen. Für Forstwirtschaft sowie Wein- und Gartenbau sind Einnahmen-Aufzeichnungen und Betriebsausgaben-Pauschalbeträge die Regel.

Die Land- und forstwirtschaftliche Pauschalierungsver-ordnung 2011 gilt für die Veranlagungen in den Kalen-derjahren 2011 bis 2015. Der Gewinn aus land- und forst-wirtschaftlichem Nebenerwerb, aus be- und verarbeiteten eigenen und zugekauften Urprodukten sowie aus Obst-buschenschank ist durch Einnahmen-Ausgaben-Rech-nung gesondert zu ermitteln. Die Tätigkeiten müssen jedoch zum land- und forstwirtschaftlichen Hauptbetrieb im Verhältnis der wirtschaftlichen Unterordnung stehen. Eine Unterordnung liegt nur dann vor, wenn die gemein-samen Einnahmen 33.000 Euro (inklusive Umsatz-steuer) nicht übersteigen. Bei Überschreiten der Gren-ze liegen keine steuerlichen Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft vor.

### Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer gehört zu jenen Abgaben, welche innerhalb der EU harmonisiert sind (Mehrwertsteuer-systemrichtlinie). Bei nichtbuchführungspflichtigen land- und forstwirtschaftlichen Betrieben wird derzeit in Öster-reich angenommen, dass der Vorsteuerabzug und die Umsatzsteuer gleich hoch sind, sodass hinsichtlich der Umsatzsteuer jeder Verkehr mit dem Finanzamt entfällt (Umsatzsteuerpauschallierung). Die Umsatzsteuer beträgt bei Lieferungen und Leistungen von pauschalieren LandwirtInnen an KonsumentInnen 10%, an Unterneh-merInnen 12%. Der/die LandwirtIn kann jedoch schrift-lich die Besteuerung nach den allgemeinen Vorschrif-ten verlangen (Option zur Regelbesteuerung) und somit auch einen höheren Vorsteuerabzug geltend machen.

### **Grunderwerbsteuer**

Wird ein land- und forstwirtschaftliches Grundstück an eine nahe stehende Person (Ehegatte, Elternteil, Kind, Enkelkind, Stiefkind, Wahlkind, Schwiegerkind, in Erziehung genommenes Kind) zur weiteren Bewirtschaftung gegen Sicherung des Lebensunterhaltes des Übergabers überlassen (sogenannter Übergabsvertrag), so ist die Steuer nicht vom (oft sehr hohen) Wert der Gegenleistung, sondern vom Einheitswert zu berechnen. Grundstückserwerbe, die im Wege eines Zusammenlegungs- oder Flurbereinigungsverfahrens im Sinne des Flurverfassungsgesetzes 1951 eintreten, sind von der Besteuerung befreit.

### **Land- und forstwirtschaftliche Sondersteuern**

- Die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beträgt 400% des Grundsteuermessbetrages. Die Abgabe wurde 1960 eingeführt, um "bei der Finanzierung der landwirtschaftlichen Zuschussrentenversicherung an dem Grundsatz der Solidaritätsleistung des Berufsstandes festzuhalten", das heißt, von den leistungsfähigeren Betrieben einen größeren Beitrag zu erhalten.
- Das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 sieht einen Beitrag von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen in Höhe von 125% des Grundsteuermessbetrages vor. Dieser Beitrag wurde 1955 anlässlich der Einführung der Familienbeihilfe an selbständig Erwerbstätige im Hinblick auf die durchschnittlich höhere Kinderzahl der Land- und ForstwirtInnen geschaffen.

### **Kraftfahrzeugsteuer**

Zugmaschinen und Motorkarren, die ausschließlich oder vorwiegend in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben verwendet werden, sind von der Kraftfahrzeugsteuer befreit.

### **Alkoholsteuer**

Steuergegenstand des Alkoholsteuergesetzes sind Alkohol und alkoholhaltige Waren (Erzeugnisse), die im Steuergebiet hergestellt oder in das Steuergebiet eingebracht werden. Alkohol etwa zur Herstellung von Arzneimitteln, Essig, Brennwein und Lebensmittel, die nahezu keinen Alkohol enthalten, sind von der Steuer befreit. Der Steuersatz für KleinerzeugerInnen und für Abfindungsberechtigte ist ermäßigt. Vom Alkohol, der im Rahmen eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes in einem Jahr unter Abfindung hergestellt wird, steht für den/die Berechtigte/n eine Menge von 15 l Alkohol und für jeden Haushaltsangehörigen (Vollendung des 19. Lebensjahres) eine Zusatzmenge von

- 6 l Alkohol bis zu einer Höchstmenge von 51 l Alkohol in Tirol oder Vorarlberg
- 3 l Alkohol, bis zu einer Höchstmenge von 27 l Alkohol in allen anderen Bundesländern

zur Verfügung. Hausbrand kann auch an Dritte abgegeben werden.

### **Kommunalsteuer**

Der Kommunalsteuer unterliegen die Arbeitslöhne, die in einem Kalendermonat dem Dienstnehmer einer im Inland gelegenen Betriebsstätte eines Unternehmens (also auch eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes) gewährt worden sind. Die Steuer beträgt 3% der Bemessungsgrundlage.

### **Energieabgabenvergütungsgesetz**

Im Jahr 1996 wurde eine Abgabe auf die Lieferung von elektrischer Energie und Erdgas eingeführt (Elektrizitätsabgabegesetz, Erdgasabgabegesetz). Die geleistete Abgabe wird Gartenbaubetrieben auf Grund des Energieabgabenvergütungsgesetzes teilweise rückvergütet.

## 10.4 Für die österreichische Land- und Forstwirtschaft wesentliche Gesetze und Verordnungen

Anwenderhinweis: Das Verzeichnis ist nicht vollständig und bezieht sich nur auf die Gesetze und Verordnungen des Bundes. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden nur die wichtigsten Normen ausgewählt, die jeweils in ihrer letzten Fassung (idF = in der Fassung) zitiert werden.

### Organisationsrecht

Das Organisationsrecht befasst sich mit den für die Abwicklung und Aufrechterhaltung des land- und forstwirtschaftlichen Systems verantwortlichen Organen und regelt deren Zuständigkeiten.

- Agrarbehördengesetz 1950, BGBl. Nr. 1/1951, idF BGBl. I Nr. 191/1999
- Bundesgesetz über das land- und forstwirtschaftliche Betriebsinformationssystem (LFBIS-Gesetz), BGBl. Nr. 448/1980, idF BGBl. Nr. 505/1994
- LFBIS-ÖStZ-Verordnung, BGBl. Nr. 644/1983
- 2. LFBIS-ÖStZ-Verordnung BGBl. Nr. 412/1984
- Verordnung über die Übermittlung von Daten des land- und forstwirtschaftlichen Vermögens, BGBl. Nr. 609/1988
- Bundesgesetz über die Bundesämter für Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Bundesanstalten, BGBl. I Nr. 83/2004
- Bundesgesetz über das Bundesamt für Wasserwirtschaft und Änderung des Wasserbautenförderungsgesetzes, BGBl. Nr. 516/1994, idF BGBl. I Nr. 111/2010
- Bundesgesetz über die Gründung der landwirtschaftlichen Bundesversuchswirtschaften Gesellschaft m.b.H., BGBl. Nr. 794/1996
- Bundesforstegesetz 1996, BGBl. Nr. 793/1996, idF BGBl. I Nr. 136/2004
- Spanische Hofreitschule-Gesetz, BGBl. I Nr. 115/2000, idF BGBl. I Nr. 113/2006
- Gesundheit- und Ernährungssicherheitsgesetz, BGBl. I Nr. 63/2002, idF BGBl. I Nr. 111/2010

### Landwirtschaftliches Wirtschaftsrecht

Die für die Land- und Forstwirtschaft maßgeblichen Wirtschaftsgesetze bilden die rechtliche Grundlage für Maßnahmen im Bereich der Agrarpolitik sowie der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik.

- Marktordnungsgesetz 2007, BGBl. I Nr. 55/2007, idF BGBl. I Nr. 23/2010
- Marktordnungs-Überleitungsgesetz, BGBl. I Nr. 55/2007, idF BGBl. I Nr. 23/2010
- Landwirtschaftsgesetz 1992, BGBl. Nr. 375/1992, idF BGBl. I Nr. 2/2008

- Vermarktungsnormengesetz, BGBl. I Nr. 68/2007, idF BGBl. I Nr. 111/2010
- AMA-Gesetz 1992, BGBl. Nr. 376/1992, idF BGBl. I Nr. 2/2008
- Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz 1997, BGBl. Nr. 789/1996, idF BGBl. I Nr. 2/2008
- Verordnung über zulässige Übermittlungsarten von Anbringen und Erledigungen, BGBl. II Nr. 532/2003
- Verordnung überlandwirtschaftliche Ausgangsstoffe und flüssige Biobrennstoffe, BGBl. I Nr. 250/2010

### Recht der Gemeinsamen Agrar- und Fischereipolitik der EU

Die Umsetzungsvorschriften regeln die Details für die Durchführung in Österreich auf Basis der EU-rechtlichen Vorgaben.

#### Gemeinsame Marktorganisationen - Umsetzung

- Marktordnungs-Sicherheitsverordnung 2008, BGBl. II Nr. 29/2008
- Marktordnungs-Lizenzverordnung 2008, BGBl. II Nr. 36/2008
- Agrar-Interventionsverordnung 2010 (AIV 2010), BGBl. II Nr. 154/2010
- Verordnung über die Gewährung von Beihilfen für die private Lagerhaltung von bestimmten landwirtschaftlichen Erzeugnisse (PLH-Verordnung 2010), BGBl. II Nr. 153/2010
- INVEKOS-GIS-Verordnung 2009, BGBl. II Nr. 338/2009
- INVEKOS-CC-Verordnung 2010, BGBl. II Nr. 492/2009
- Direktzahlungs-Verordnung, BGBl. II Nr. 491/2009
- Getreide-Überwachungsverordnung 2010 (GÜV 2010), BGBl. II Nr. 302/2010
- Verordnung über die Registrierung von Verträgen über die Vermehrung von Saatgut in Drittländer, BGBl. Nr. 99/1995, idF BGBl. I Nr. 55/2007
- Milchquoten-Verordnung 2007, BGBl. II Nr. 209/2007
- Referenzmengen-Zuteilungs-Verordnung 2006, BGBl. II Nr. 102/2006 idF BGBl. I Nr. 73/2008
- Milchquoten-Zuteilungs-Verordnung 2010, BGBl. II Nr. 293/2010
- Milchmeldeverordnung 2010, BGBl. II Nr. 249/2010
- Schulmilch-Beihilfen-Verordnung 2008, BGBl. II Nr. 30/2008 idF BGBl. II Nr. 284/2009
- Schulmilch-Höchstpreis-Verordnung 2010, BGBl. II Nr. 283/2010
- Magermilch-Beihilfen-Verordnung 2008, BGBl. II Nr. 445/2008
- Kasein-Verordnung 2008, BGBl. II Nr. 305/2008
- Mutterkuh- und Milchkuhzusatzprämien-Verordnung 2010, BGBl. II Nr. 41/2011
- Rinderkennzeichnungs-Verordnung 2008, BGBl. II Nr. 201/2008, idF BGBl. II Nr. 66/2010

- Vieh-Meldeverordnung 2008, BGBl. II Nr. 42/2008
- Trockenfutterbeihilfenverordnung 2005, BGBl. II Nr. 127/2005
- Verordnung über die Einfuhr von Hanf aus Drittstaaten, BGBl. II Nr. 414/2008
- Flachs- und Hanfverarbeitungsbeihilfenverordnung 2008, BGBl. II Nr. 24/2008
- Produktionserstattungs-Verordnung Stärke 2008, BGBl. II Nr. 231/2008
- Zuckermarktordnungs-Durchführungsverordnung 2008, BGBl. Nr. 232/2008
- Zuckermarktverordnung 2006, BGBl. 429/2006
- Verordnung zur Durchführung der befristeten Umstrukturierungsregelung für den österreichischen Zuckersektor, BGBl. II Nr. 295/2007, idF BGBl. II Nr. 233/2008
- Stärkekartoffelbeihilfe- und Kartoffelstärkeprämien-Verordnung 2008, BGBl. II Nr. 230/2008
- Verordnung über Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse sowie Vereinigungen von Erzeugerorganisationen für Obst und Gemüse, BGBl. II Nr. 444/2008
- Schulobstverordnung 2010, BGBl. II Nr. 324/2010
- SRL für die Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugungs- und Vermarktungsbedingungen von Bienenzuchterzeugnissen gemäß VO (EG) Nr. 797/2004 - Imkereiförderung

### Vermarktungsnormen - Umsetzung

- Vermarktungsnormen-Kontrollverordnung, BGBl. II Nr. 261/2010
- Verordnung über Vermarktungsnormen für Obst und Gemüse, BGBl. II Nr. 163/2002, idF BGBl. II Nr. 431/2010
- Verordnung über Vermarktungsnormen für Eier, BGBl. II Nr. 356/2008
- Verordnung über Erzeugung und Vermarktung von Bruteiern und Küken von Hausgeflügel, BGBl. II Nr. 123/2008
- Verordnung über Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch, BGBl. II Nr. 70/2011
- Schlachtkörper-Klassifizierungs-Verordnung, BGBl. II Nr. 71/2011
- Verordnung über Qualitätsklassen für Speisekartoffeln, BGBl. Nr. 76/1994, idF BGBl. I Nr. 68/2007
- Verordnung über Vermarktungsvorschriften für Olivenöl, BGBl. II Nr. 373/2008
- Verordnung über die Kontrolle der Verbraucherinformation bei Erzeugnissen der Fischerei und Aquakultur, BGBl. II Nr. 221/2008 idF BGBl. II Nr. 78/2011
- Verordnung über die Kontrolle der Verbraucherinformation für Fischereierzeugnisse und zulässige Mindestgrößen für Fische, BGBl. II Nr. 263/2008

### Ländliche Entwicklung - Umsetzung

- Verordnung zur Übertragung der Durchführung von Förderungsmaßnahmen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft an den Landeshauptmann (Übertragungsverordnung Land- und Forstwirtschaft), BGBl. Nr. 141/1992, idF BGBl. II Nr.

- 473/1999
- Verordnung, mit der die Berggebiete und benachteiligten förderungswürdigen Gebiete bestimmt werden, BGBl. Nr. 771/1995
- Verordnung, mit der die Bergbauernbetriebe im Lande Burgenland neu bestimmt werden, BGBl. Nr. 542/1979
- Verordnungen, mit denen die Bergbauernbetriebe in den Ländern Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg bestimmt werden, BGBl. Nr. 1048 bis 1054/1994
- SRL für das Österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft (ÖPUL 2010)
- SRL zur Gewährung von Zahlungen für naturbedingte Nachteile in Berggebieten und Zahlungen in anderen Gebieten mit Benachteiligungen (AZ 2010)
- SRL zur Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007 - 2013 - "sonstige Maßnahmen"
- SRL Wald & Wasser zur Umsetzung der forstlichen und wasserbaulichen Maßnahmen im Rahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007 - 2013
- SRL zur Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Schwerpunkts 4 des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007 - 2013 - "Leader"
- SRL für die Umsetzung von Artikel 38 der VO 1698/2005 "Natura 2000 auf landwirtschaftlichen Flächen"

### Fischereipolitik - Umsetzung

- SRL zur Umsetzung des Österreichischen Gemeinschaftsprogramms Europäischer Fischereifonds 2007 - 2013

### Förderungsrecht - National

Durch die Förderung der Land- und Forstwirtschaft sollen im Wesentlichen die im Landwirtschaftsgesetz und im Abschnitt X des Forstgesetzes niedergeschriebenen Ziele der Agrar- und Forstpolitik erreicht werden. Weitere Förderungen dienen der Absicherung der Land- und Forstwirte im Zusammenhang mit Naturereignissen.

- Landwirtschaftsgesetz 1992, BGBl. Nr. 375/1992, idF BGBl. II Nr. 2/2008
- Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440/1975, idF BGBl. I Nr. 55/2007
- Hagelversicherungs-Förderungsgesetz, BGBl. Nr. 64/1955, idF BGBl. I Nr. 130/1997
- Hagelversicherungs-Förderungsverordnung 1994, BGBl. Nr. 42/1995
- Tierversicherungsförderungsgesetz, BGBl. Nr. 442/1969
- Katastrophenfondsgesetz 1996, BGBl. Nr. 201/1996, idF BGBl. I Nr. 67/2009
- Wasserbautenförderungsgesetz 1985, BGBl. Nr. 148/1985, idF BGBl. I Nr. 82/2003

**Forstrecht**

- Forstgesetz 1975, BGBl. Nr. 440/1975, idF BGBl. I Nr. 55/2007
- Verordnung über den Waldentwicklungsplan, BGBl. Nr. 582/1977
- Verordnung über die Gefahrenzonenpläne, BGBl. Nr. 436/1976
- Schutzwaldverordnung, BGBl. Nr. 398/1977
- Forstliche Kennzeichnungsverordnung, BGBl. Nr. 179/1976, idF BGBl. II Nr. 67/1997
- Forstschutzverordnung, BGBl. II Nr. 19/2003
- 2. VO gegen forstschädliche Luftverunreinigungen, BGBl. Nr. 199/1984
- Verordnung über den Aufgabenbereich der Dienststellen und des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft in Angelegenheiten der Wildbach- und Lawinerverbauung, BGBl. Nr. 507/1979
- Verordnung über raschwüchsige Baumarten, BGBl. Nr. 105/1978
- Verordnung über die abweichende Bewuchshöhe bei Neubewaldung durch Naturverjüngung, BGBl. II Nr. 25/2003
- Forstliche Staatsprüfungsverordnung, BGBl. Nr. II 69/2007
- Forstassistenten-Ausbildungsverordnung BGBl. II. Nr. 273/2007
- Forstliches Vermehrungsgutgesetz 2002, BGBl. I Nr. 110/2002, idF BGBl. I Nr. 86/2009
- Forstliche Vermehrungsgutverordnung 2002, BGBl. II Nr. 480/2002
- Gesetz betreffend Vorkehrungen zur unschädlichen Ableitung von Gebirgsbächen RGBl. Nr. 117/1884, idF BGBl. Nr. 54/1959
- Verordnung über die Forstfachschule, BGBl. Nr. 507/1991, idF BGBl. II Nr. 358/2001
- Verordnung über den Bundeszuschuss zur Waldbrandversicherung, BGBl. Nr. 590/1976, idF BGBl. II Nr. 495/2003
- Wildbach- und Lawinerverbauung - Dienststellenverordnung, BGBl. Nr. 72/1978, idF BGBl. II Nr. 195/2004
- Bundesgesetz zur Schaffung eines Gütezeichens für Holz- und Holzprodukte aus nachhaltiger Nutzung, BGBl. Nr. 309/1992, idF BGBl. I. Nr. 59/2002

**Bodenreform**

Gesetze im Dienste der Bodenreform bewirken eine, den geänderten sozialen oder wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprechende, planmäßige Regulierung oder Neuordnung gegebener Besitz-, Benützung- oder Bewirtschaftungsverhältnisse an land- und forstwirtschaftlichen Liegenschaften.

- Agrarverfahrensgesetz 1950, BGBl. Nr. 173/1950, idF BGBl. I Nr. 57/2002
- Flurverfassungs-Grundsatzgesetz 1951, BGBl. Nr. 103/1951, idF BGBl. I Nr. 87/2005
- Grundsatzgesetz 1951 über die Behandlung der Wald- und

- Weidenutzungsrechte sowie besonderer Felddienstbarkeiten, BGBl. Nr. 103/1951, idF BGBl. I Nr. 14/2006
- Güter- und Seilwege-Grundsatzgesetz 1967, BGBl. Nr. 198/1967, idF BGBl. I Nr. 39/2000
- Landwirtschaftliches Siedlungs-Grundsatzgesetz, BGBl. Nr. 79/1967, idF BGBl. Nr. 358/1971

**Weinrecht**

Die verschiedenen weinrechtlichen Vorschriften sollen in erster Linie sicherstellen, dass Wein nur als Naturprodukt erzeugt und in Verkehr gebracht wird. Weiters soll der Konsument durch detaillierte Bezeichnungsvorschriften vor Irreführung geschützt werden.

- Weingesetz 2009, BGBl. I Nr. 111/2009
- Weingesetz-Formularverordnung, BGBl. II Nr. 512/2002, idF BGBl. I Nr. 111/2009
- Weinverordnung 1992, BGBl. Nr. 630/1992, idF BGBl. I Nr. 111/2009
- Weingesetz-Bezeichnungsverordnung, BGBl. II Nr. 88/1997, idF BGBl. I Nr. 111/2011
- Verordnung zur Durchsetzung des gemeinschaftlichen Weinrechts, BGBl. II Nr. 169/2001, idF BGBl. I Nr. 111/2009
- Verordnung über Rebsorten, BGBl. II Nr. 161/2010
- Verordnung über den Tarif für die Erteilung der staatlichen Prüfnummer, BGBl. Nr. 514/1988, idF BGBl. I Nr. 111/2009
- Kellerbuchverordnung BGBl. II Nr. 149/2005, idF BGBl. I Nr. 111/2009
- Verordnung über Methoden und Toleranzen bei der Untersuchung von Wein und Obstwein (Methodenverordnung), BGBl. Nr. 495/1989, idF BGBl. I Nr. 111/2009
- Großanlagen-Verordnung 2008, BGBl. II Nr. 216/2008, idF BGBl. I Nr. 111/2009
- Verordnung zur Durchführung von gemeinschaftlichen Marktordnungsmaßnahmen im Weinbereich, BGBl. II Nr. 453/2008, idF BGBl. II Nr. 165/2011
- Branchenorganisationsverordnung, BGBl. II Nr. 138/2001, idF BGBl. I Nr. 111/2009
- Verordnung über den technischen Prüfdienst der bei der AMA eingerichteten Zahlstelle Wein, BGBl. II Nr. 242/2003, idF BGBl. I Nr. 111/2009
- Verordnung über die Vergabe der staatlichen Prüfnummer für österreichische Qualitätsweine und Prädikatsweine, BGBl. II Nr. 141/1997, idF BGBl. I Nr. 111/2009
- DAC-Verordnung "Weinviertel" BGBl. II Nr. 58/2010
- DAC-Verordnung "Mittelburgenland" BGBl. II Nr. 56/2010
- DAC-Verordnung "Traisental" BGBl. II Nr. 323/2010
- DAC-Verordnung "Kremstal" BGBl. II Nr. 322/2010
- DAC-Verordnung "Kamptal" BGBl. II Nr. 321/2010
- DAC-Verordnung "Leithaberg" BGBl. II Nr. 252/2009, idF BGBl. I Nr. 111/2009
- DAC-Verordnung "Eisenberg" BGBl. II Nr. 57/2010
- Kostverordnung, BGBl. II Nr. 256/2003, idF BGBl. I Nr. 111/2009

- Banderolenverordnung 2008, BGBl. II Nr. 167/2008, idF BGBl. I Nr.111/2009
- Weingesetz - Kontrollverordnung, BGBl. II Nr. 128/2010

### Betriebsmittelrecht

Das Betriebsmittelrecht regelt das Inverkehrbringen von Saatgut, Pflanzgut, Reben, Futter- und Düngemitteln sowie Pflanzenschutzmitteln.

- Saatgutgesetz 1997, BGBl. I Nr. 72/1997, idF BGBl. I Nr. 83/2004
- Saatgutverordnung 2006, BGBl. II Nr. 417/2006, idF BGBl. II Nr. 171/2011
- Saatgut-Gentechnik-Verordnung, BGBl. II Nr. 478/200, idF BGBl. II Nr. 76/2011
- Saatgut-Anbaugelände-Verordnung, BGBl. II Nr. 128/2005, idF BGBl. II Nr. 77/2011.
- Saatgut - Beizverordnung, BGBl. II Nr. 74/2010
- Pflanzenschutzmittelgesetz 1997, BGBl. I Nr. 60/1997, idF BGBl. I Nr. 10/2011
- Verordnung über das Verbot von Pflanzenschutzmitteln, die bestimmte Wirkstoffe enthalten, BGBl. II Nr. 308/2002, idF BGBl. I Nr. 10/2011
- Pflanzenschutzmittel-Einfuhrverordnung BGBl. Nr. 372/1991, idF BGBl. I Nr. 10/2011
- Pflanzgutgesetz 1997, BGBl. I Nr. 73/1997, idF BGBl. I Nr. 39/2010
- Pflanzgutverordnung 1997, BGBl. II Nr. 425/1997, idF BGBl. II Nr. 37/2006
- Rebenverkehrsgesetz, BGBl. Nr. 418/1996, idF BGBl. I Nr. 110/2002
- Rebenverkehrsverordnung, BGBl. Nr. 706/1996, idF BGBl. II Nr. 291/2006
- Futtermittelgesetz 1999, BGBl. I Nr. 139/1999, idF BGBl. I Nr. 87/2005
- Futtermittelverordnung 2010, BGBl. II Nr. 316/2010
- Düngemittelgesetz, BGBl. Nr. 513/1994, idF BGBl. I Nr. 87/2005
- Düngemittelverordnung 2004, BGBl. II Nr. 100/2004, idF BGBl. II Nr. 162/2010
- Pflanzenschutzgrundsatzgesetz, BGBl. I Nr. 140/1999, idF 10/2011
- Pflanzenschutzgesetz 2011, BGBl. I Nr. 10/2011
- Pflanzenschutzverordnung, BGBl. Nr. 253/1996, idF BGBl. I Nr. 10/2011
- Pflanzenschutzverordnung-Holz, BGBl. II Nr. 319/2001, idF BGBl. I Nr. 10/2011
- Pflanzenschutz-Formular-Verordnung, BGBl. II Nr. 123/2005, idF BGBl. I Nr. 10/2011
- Pflanzenschutz-Maßnahmen-Verordnung, BGBl. II Nr. 195/2007, idF BGBl. I Nr. 10/2011
- Sortenschutzgesetz 2001, BGBl. I Nr. 109/2001, idF BGBl. I Nr.42/2005

- Sortenschutz-Artenliste, BGBl. II Nr. 412/2006

### Tierschutz

Das Tierschutzrecht regelt den Schutz des Lebens und das Wohlbefinden der Tiere und enthält insbesondere genaue Anforderungen hinsichtlich der Haltung und des Transports von Tieren.

- Tierschutzgesetz, BGBl. I Nr. 118/2004, idF BGBl. I Nr. 80/2010
- 1. Tierhaltungsverordnung, BGBl. II Nr. 485/2004, idF BGBl. II Nr. 219/2010
- 2. Tierhaltungsverordnung, BGBl. II Nr. 486/2004, idF BGBl. II Nr. 384/2007
- Tierhaltungs-Gewerbeverordnung, BGBl. II Nr. 487/2004, idF BGBl. II Nr. 409/2008
- Tierschutz-Schlachtverordnung, BGBl. II Nr. 488/2004, idF BGBl. II Nr. 31/2006
- Tierschutz-Kontrollverordnung, BGBl. II Nr. 492/2004, idF BGBl. II Nr. 220/2010
- Tierschutz-Veranstaltungsverordnung, BGBl. II Nr. 493/2004, idF BGBl. II Nr. 70/2008
- Tiertransportgesetz 2007, BGBl. I Nr. 54/2007
- Tiertransport-Ausbildungsverordnung, BGBl. II Nr. 92/2008

### Veterinärrecht

Das Veterinärrecht dient der Erhaltung und der Wiederherstellung der Gesundheit von Tieren. Überdies zielt es auf die Vermeidung und Abwehr der dem Menschen aus der Tierhaltung und aus der Verwertung tierischer Produkte drohenden Gefahren ab. Eine solche Gefahr soll möglichst früh erkannt und auch von Amts wegen bekämpft werden.

- Tierseuchengesetz, RGBl. Nr. 177/1909, idF BGBl. I Nr. 36/2008
- Tiergesundheitsgesetz - TGG, BGBl. I Nr. 133/1999, idF BGBl. I Nr. 13/2006
- Tierärztegesetz, BGBl. Nr. 16/1975, idF BGBl. I Nr. 135/2006
- Fleischuntersuchungsverordnung 2006, BGBl. II 109/2006, idF BGBl. II Nr. 29/2010
- Rinderleukosegesetz, BGBl. Nr. 272/1982, idF BGBl. I Nr. 67/2005
- Tierarzneimittelkontrollgesetz, BGBl. I Nr. 28/2002, idF BGBl. I Nr. 36/2008
- Tiermehlgesetz, BGBl. I Nr. 143/2000, idF BGBl. I Nr. 294/2004
- Geflügelhygieneverordnung 2007, BGBl. II Nr. 100/2007, idF BGBl. II Nr. 355/2008
- Veterinärbehördliche Binnenmarktverordnung 2008, BGBl. II Nr. 355/2001, idF BGBl. II Nr. 473/2008
- Veterinärbehördliche Einfuhrverordnung 2008 BGBl. II Nr. 474/2008

- Rückstandskontrollverordnung 2006, BGBl. II Nr. 110/2006, idF BGBl. II N 24/2009
- Bienenseuchengesetz, BGBl. Nr. 290/1988, idF BGBl. I Nr. 67/2005
- Tiermaterialienengesetz BGBl. Nr. 141/2003, idF BGBl. I Nr. 13/2006
- BSE-Landwirtschafts-Verordnung 2004, BGBl. II Nr. 258/2004

### Lebensmittelrecht

Das Lebensmittelrecht hat den Schutz vor Gesundheitsschädigung und Täuschung sowie die Sicherung einer einwandfreien Nahrung und insbesondere entsprechender Hygiene zum Ziel.

- Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz, BGBl. I Nr. 13/2006, idF BGBl. II Nr. 125/2011
- Lebensmittelkennzeichnungsverordnung, BGBl. Nr. 72/1993, idF BGBl. II Nr. 165/2008
- Trinkwasserverordnung, BGBl. II Nr. 304/2001, idF BGBl. II Nr. 121/2007
- Mykotoxin-Verordnung, BGBl. Nr. 251/1986
- Honigverordnung BGBl. II Nr. 40/2004
- Konfitürenverordnung, BGBl. II Nr. 367/2004, idF BGBl. II Nr. 265/2009
- Fruchtsaftverordnung BGBl. II Nr. 83/2004, idF BGBl. II Nr. 441/2010
- Lebensmittelhygiene-Zulassungsverordnung, BGBl. II Nr. 231/2009
- Lebensmittel-Direktvermarktungs-Verordnung, BGBl. II Nr. 231/2009
- Rohmilchverordnung, BGBl. II Nr. 106/2006
- Lebensmittel-Einzelhandelsverordnung, BGBl. II Nr. 92/2006, idF BGBl. II Nr. 254/2010
- Lebensmittelhygiene-Anpassungsverordnung, BGBl. II Nr. 91/2006

### Gewerberecht

Das Gewerberecht dient der rechtlichen Regulierung der gewerblichen Wirtschaft. Obwohl die Land- und Forstwirtschaft einschließlich ihrer Nebengewerbe vom Geltungsbereich der Gewerbeordnung ausgenommen ist, ist sie indirekt auch vom Gewerberecht betroffen. Die Vorschriften über Bestimmung und Auszeichnung von Preisen dienen der Information der Verbraucher über die Preisverhältnisse. Die Preisbestimmungen finden auch bei Gütern der Land- und Forstwirtschaft Anwendung.

- Gewerbeordnung 1994, BGBl. Nr. 194/1994, idF BGBl. I Nr. 111/2010
- Preisgesetz 1992, BGBl. Nr. 145/1992, idF BGBl. I Nr. 2/2008
- Verordnung betreffend die Verpflichtung zur Grundpreisauszeichnung, BGBl. II Nr. 270/2000

### Abgabenrecht

Das für die Land- und Forstwirtschaft maßgebende Abgabenrecht enthält Sonderbestimmungen, die den besonderen Verhältnissen in der Land- und Forstwirtschaft Rechnung tragen. Besondere Bedeutung hat in diesem Zusammenhang der Einheitswertbescheid, von dem grundsätzlich alle wesentlichen Abgaben des Landwirtes abgeleitet werden.

- Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961, idF BGBl. I Nr. 111/2010
- Verordnung über land- und forstwirtschaftliche Buchführung, BGBl. Nr. 51/1962
- Bewertungsgesetz 1955, BGBl. Nr. 148/1955, idF BGBl. I Nr. 111/2010
- Bodenschätzungsgesetz 1970, BGBl. Nr. 233/1970, idF BGBl. I Nr. 143/2006
- Einkommensteuergesetz 1988, BGBl. Nr. 400/1988, idF BGBl. I Nr. 9/2010
- Land- und forstwirtschaftliche Pauschalierungsverordnung 2011, BGBl. II 471/2010, idF BFBl. II Nr. 4/2011
- Umsatzsteuergesetz 1994, BGBl. Nr. 663/1994, idF BGBl. I Nr. 111/2010
- Grundsteuergesetz 1955, BGBl. Nr. 149/1955, idF BGBl. I Nr. 34/2010
- Grunderwerbsteuergesetz 1987, BGBl. Nr. 309/1987, idF BGBl. I Nr. 111/2010
- Bundesgesetz über eine Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, BGBl. Nr. 166/1960, idF BGBl. Nr. 486/1984
- Kommunalsteuergesetz 1993, BGBl. Nr. 819/1993, idF BGBl. I Nr. 111/2010
- Alkoholsteuergesetz 1995, BGBl. 703/1994, idF BGBl. I Nr. 151/2009
- Energieabgabenvergütungsgesetz, BGBl. Nr. 201/1996, idF BGBl. I Nr. 111/2010
- Neugründungs-Förderungsgesetz, BGBl. I Nr. 106/1999, idF BGBl. I Nr. 180/2004
- Mineralölsteuergesetz 1995, BGBl. Nr. 630/1994, idF BGBl. I Nr. 111/2010
- Agrardieselverordnung BGBl. II Nr. 506/2004, idF BGBl. II Nr. 289/2010

### Arbeits- und Sozialrecht

Auf die Land- und Forstwirtschaft bezogen dient das Arbeits- und Sozialrecht der sozialen Sicherstellung der selbständigen Landwirte sowie der umfassenden arbeitsrechtlichen Regelung betreffend die in der Land- und Forstwirtschaft unselbständig Beschäftigten.

- Allgemeines Sozialversicherungsgesetz-ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, idF BGBl. I Nr. 24/2011
- Familientastenausgleichsgesetz 1967, BGBl. Nr. 376/1967, idF BGBl. I Nr. 111/2010

- Mutterschutzgesetz 1979, BGBl. Nr. 221/1979, idF BGBl. I Nr. 58/2010
- Bauern-Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 559/1978, idF BGBl. I Nr. 111/2010
- Landarbeitsgesetz 1984-LAG, BGBl. Nr. 287/1984, idF BGBl. I Nr. 24/2011
- Arbeitslosenversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 609/1977, idF BGBl. I Nr. 25/2011
- Väter-Karenzgesetz, BGBl. Nr. 299/1990, idF BGBl. I Nr. 58/2010
- Bundespflegegeldgesetz, BGBl. Nr. 110/1993, idF BGBl. I Nr. 111/2010
- Betriebliches Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz, BGBl. I Nr. 100/2002, idF BGBl. I Nr. 92/2010
- Kinderbetreuungsgeldgesetz, BGBl. I Nr. 103/2001, idF BGBl. I Nr. 11/2011

### Zivilrecht

In gewissen Bereichen sind privatrechtliche Grundsätze in Anpassung an die speziellen Gegebenheiten in der Land- und Forstwirtschaft abgeändert worden.

- Landpachtgesetz, BGBl. Nr. 451/1969, idF BGBl. I Nr. 124/2006
- Tiroler Höfegesetz, GVBl.Ti Vbg Nr. 47/1900, idF BGBl. I Nr. 112/2003
- Kärntner Erbhöfegesetz 1990, BGBl. Nr. 658/1989, idF BGBl. I Nr. 112/2003
- Anerbengesetz, BGBl. Nr. 106/1958, idF BGBl. I Nr. 2/2008
- Produkthaftungsgesetz, BGBl. Nr. 99/1988, idF BGBl. I Nr. 98/2001

### Kraftfahrrecht

Das Kraftfahrrecht schreibt die technische Beschaffenheit und die Ausrüstung der Kraftfahrzeuge sowie die persönliche Qualifikation der zu ihrem Betrieb Berechtigten vor. Weiters sollen durch die gesetzliche Koordination des Straßenverkehrs Gefahren durch den Betrieb von Kraftfahrzeugen vermindert werden.

- Kraftfahrgesetz 1967, BGBl. Nr. 267/1967, idF BGBl. I Nr. 116/2010
- KFG-Durchführungsverordnung 1967, BGBl. Nr. 399/1967, idF BGBl. II Nr. 458/2010
- Kraftstoffverordnung 1999, BGBl. II Nr. 418/1999, idF BGBl. II Nr. 168/2009
- Straßenverkehrsordnung 1960, BGBl. Nr. 159/1960, idF BGBl. I Nr. 34/2011
- Führerscheingesetz (FSG), BGBl. I Nr. 120/1997, idF BGBl. I Nr. 117/2010
- Führerscheingesetz-Durchführungsverordnung, BGBl. II Nr. 320/1997, idF BGBl. II Nr. 274/2009

### Berufsausbildung und Schulwesen

Nachfolgende Gesetze regeln die Organisation, die allgemeinen Ziele und die besonderen Aufgaben der land- und forstwirtschaftlichen Schulen sowie Schul- und Studienbeihilfen. Mit dem 1.10.2007 wurde die Agrarpädagogische Akademie in eine Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik umgewandelt (Hochschulgesetz 2005), wodurch die Absolventinnen und Absolventen erstmals mit dem akademischen Grad "Bachelor of Education" abschließen.

- Land- und forstwirtschaftliches Bundesschulgesetz, BGBl. Nr. 175/1966, idF BGBl. I Nr. 113/2006
- Land- und forstwirtschaftliches Privatschulgesetz, BGBl. Nr. 318/1975
- Land- und forstwirtschaftliches Landeslehrer Dienstrechtsgesetz, BGBl. Nr. 296/1985, idF BGBl. I Nr. 153/2009
- Land- und forstwirtschaftliches Berufsausbildungsgesetz, BGBl. Nr. 298/1990, idF BGBl. I Nr. 82/2008
- Bundesgrundsatzgesetz für land- und forstwirtschaftliche Berufsschulen, BGBl. Nr. 319/1975, idF BGBl. Nr. 91/2005
- Bundesgrundsatzgesetz für land- und forstwirtschaftliche Fachschulen, BGBl. Nr. 320/1975, idF BGBl. Nr. 91/2005
- Hochschulgesetz 2005, BGBl. I Nr. 30/2006, idF BGBl. I Nr. 134/2008
- Bundesgesetz über Fachhochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 340/1993, idF BGBl. I Nr. 2/2008
- Schülerbeihilfengesetz 1983, BGBl. Nr. 455/1983, idF BGBl. I Nr. 135/2009
- Studienförderungsgesetz 1992, BGBl. Nr. 305/1992, idF BGBl. I Nr. 135/2009
- Verordnung über die Schülerheimbeiträge an Höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten, BGBl. Nr. 393/1989, idF BGBl. I Nr. 277/2009
- Bundesgesetz über die Berufsreifeprüfung, BGBl. I Nr. 68/1997, idF BGBl. I Nr. 118/2008

### Statistik

Diese Verordnungen dienen der Anordnung statistischer Erhebungen im land- und forstwirtschaftlichen Bereich.

- Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I Nr. 163/1999, idF BGBl. I Nr. 111/2010
- Verordnung über die Statistik der Aquakulturproduktion, BGBl. II Nr. 288/2003
- Verordnung über die Statistik der Geflügelproduktion, BGBl. II Nr. 356/2003
- Verordnung betreffend die Statistik über den Viehbestand, BGBl. II Nr. 147/2009
- Verordnung betreffend die Statistik über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe sowie über landwirtschaftliche Produktionsmethoden im Jahr 2010, BGBl. II Nr. 122/2010

## Wasserrecht

Das Wasserrecht regelt die Nutzung der Gewässer und deren Reinhaltung; darüber hinaus enthält es Vorschriften über die Abwehr der Gefahren des Wassers.

- Wasserrechtsgesetz 1959, BGBl. Nr. 215/1959, idF BGBl. I Nr. 14/2011
- Allgemeine Abwasseremissionsverordnung, BGBl. Nr. 186/1996
- 1. Emissionsverordnung für kommunales Abwasser (Anlagen >50 EGW), BGBl. Nr. 210/1996, idF BGBl. II Nr. 392/2000
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus Schlachtbetrieben und fleischverarbeitenden Betrieben, BGBl. Nr. 182/1991, idF BGBl. II Nr. 12/1999
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus Milchbearbeitungs- und Milchverarbeitungsbetrieben, BGBl. II Nr. 11/1999
- 3. Emissionsverordnung für kommunales Abwasser (Extremlagenverordnung), BGBl. II 249/2006
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Zucker- und Stärkeerzeugung, BGBl. Nr. 1073/1994
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus Brauereien und Mälzereien, BGBl. Nr. 1074/1994
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus Anlagen zur Erzeugung von Fischprodukten (Fischproduktionsanlagen), BGBl. Nr. 1075/1994
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Herstellung von Alkohol für Trinkzwecke und von alkoholischen Getränken, BGBl. Nr. 1076/1994
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Herstellung von Erfrischungsgetränken und der Getränkeabfüllung, BGBl. Nr. 1077/1994, idF BGBl. II Nr. 454/2009
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Obst- und Gemüseveredelung sowie aus der Tiefkühlkost- und Speiseeiserzeugung, BGBl. Nr. 1078/1994, idF BGBl. II Nr. 451/2009
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Erzeugung pflanzlicher oder tierischer Öle oder Fette einschließlich der Speiseöl- und Speisefetterzeugung, BGBl. Nr. 1079/1994, idF BGBl. II Nr. 451/2009
- Aktionsprogramm zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen, Amtsblatt zur Wiener Zeitung Nr. 22 vom 31.01.2008
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Hefe-, Spiritus- und Zitronensäureerzeugung, BGBl. Nr. 1080/1994
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Herstellung von Sauergemüse, BGBl. Nr. 1081/1994
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Kartoffelverarbeitung (AEV Kartoffelverarbeitung), BGBl. Nr. 890/1995, idF. BGBl. II Nr. 453/2009
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Trocknung pflanzlicher Produkte für die Futtermittelherstellung (AEV Futtermittelherstellung), BGBl. Nr. 894/1995, idF. BGBl. II Nr. 394/2000
- Verordnung über die Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Herstellung von Holzwerkstoffen (AEV Holzwerkstoffe), BGBl. II Nr. 264/2003
- Begrenzung von Abwasseremissionen aus der Massentierhaltung (AEV Massentierhaltung), BGBl. II Nr. 349/1997
- Bewilligungsfreistellungsverordnung für Gewässerquerungen, BGBl. II. Nr. 327/2005
- Begrenzung von Abwasseremissionen aus Arbeiten mit gentechnisch veränderten Organismen (AEV Gentechnik), BGBl. II Nr. 350/1997
- Verordnung betreffend Anlagen zur Lagerung und Leitung wassergefährdender Stoffe, BGBl. II Nr. 4/1998
- Verordnung zur Verbesserung der Wassergüte der Mur, BGBl. Nr. 423/1973
- Verordnung zur Verbesserung der Wassergüte der Donau, BGBl. Nr. 210/1977
- Indirekteinleitungsverordnung, BGBl. II Nr. 222/1998, idF BGBl. II Nr. 523/2006
- Qualitätszielverordnung Chemie Oberflächengewässer BGBl. Nr. 96/2006, idF 461/2010
- Qualitätszielverordnung Ökologie Oberflächengewässer BGBl. Nr. 99/2010
- Qualitätszielverordnung Chemie Grundwasser BGBl. Nr. 98/2010
- Grundwasserschutzverordnung BGBl. II Nr. 398/2000
- Verordnung über die Begrenzung von wässrigen Emissionen aus Aquakulturanlagen (AEV Aquakultur), BGBl. II Nr. 397/2004
- Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich, mit der der Syndikatsvertrag zwischen der Republik Österreich (Bund) und dem Land Niederösterreich betreffend die Errichtung und den Betrieb eines Marchfeldkanalsystems geändert und ergänzt wird, BGBl. Nr. 508/1995, idF BGBl. I Nr. 86/2003
- Qualitätszielverordnung Chemie Oberflächengewässer - QZV Chemie OG, BGBl. II Nr. 96/2006 idF BGBl. II Nr. 461/2010
- Gewässerzustandsüberwachungsverordnung, BGBl. II Nr. 479/2006, idF BGBl. II Nr. 465/2010
- Wasserkreislaufverordnung, BGBl. II Nr. 478/2006
- Nationaler Gewässerbewirtschaftungsplan Verordnung 2009 - NGPV 2009, BGBl. II Nr. 103/2010
- Verordnung über ein elektronisches Register zur Erfassung aller wesentlichen Belastungen von Oberflächenwasserkörpern durch Emissionen von Stoffen aus Punktquellen (EmRegV-OW), BGBl. II Nr. 29/2009
- Qualitätszielverordnung Chemie Grundwasser - QZV Chemie GW, BGBl. II Nr. 98/2010
- (Qualitätszielverordnung Ökologie Oberflächengewässer - QZV Ökologie OG, BGBl. II Nr. 99/2010

## Umweltrecht

Umweltrechtliche Vorschriften befinden sich in einer Vielzahl von Gesetzen, die für die Land- und Forstwirtschaft maßgeblich sind. Sie bezwecken die Verminderung der Beeinträchtigung von Luft, Wasser und Boden.

- Bundesverfassungsgesetz über den umfassenden Umweltschutz, BGBl. Nr. 491/1984
- Umweltfondsgesetz, BGBl. Nr. 567/1983, idF BGBl. Nr. 325/1990
- Alllastensanierungsgesetz, BGBl. Nr. 299/1989, idF BGBl. I Nr. 15/2011
- Abfallwirtschaftsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 102/2002, idF BGBl. I Nr. 9/2011
- Kompostverordnung, BGBl. II Nr. 292/2001
- Verordnung über das Verbot bestimmter Schmiermittelzusätze und Verwendung von Kettensägeölen, BGBl. Nr. 647/1990
- Verordnung über die getrennte Sammlung biogener Abfälle, BGBl. Nr. 68/1992, idF BGBl. Nr. 456/1994
- Deponieverordnung 2008, BGBl. II Nr. 39/2008, idF BGBl. Nr. 178/2011
- Abfallbilanzverordnung, BGBl. II Nr. 497/2008
- Verordnung über mobile Anlagen zur Behandlung von Abfällen, BGBl. II Nr. 472/2002
- Abfallnachweisverordnung 2003, BGBl. II Nr. 618/2003
- Abfallverzeichnisverordnung, BGBl. II Nr. 570/2003, idF BGBl. II Nr. 498/2008
- Festsetzungsverordnung gefährlicher Abfälle, BGBl. II Nr. 227/1997 idF BGBl. II Nr. 178/2000
- Abfallbehandlungspflichtenverordnung, BGBl. II Nr. 459/2004, idF BGBl. II Nr. 363/2006
- Alllastenatlas-Verordnung, BGBl. II Nr. 232/2004, idF BGBl. II Nr. 113/2011
- Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz 2000, BGBl. Nr. 697/1993, idF BGBl. I Nr. 87/2009
- Umweltinformationsgesetz, BGBl. Nr. 495/1993 idF BGBl. I Nr. 128/2009
- Umweltförderungsgesetz, BGBl. Nr. 185/1993, idF BGBl. I Nr. 74/2008
- Klima- und Energiefondsgesetz, BGBl. I Nr. 40/2007, idF BGBl. I Nr. 37/2009
- Gentechnikgesetz, BGBl. Nr. 510/1994, idF BGBl. I Nr. 94/2002
- Gentechnik-Kennzeichnungsverordnung BGBl. II Nr. 59/1998, idF BGBl. II Nr. 86/2002
- Chemikaliengesetz 1996, BGBl. I Nr. 53/1997, idF BGBl. I Nr. 88/2009
- Chemikalienverordnung 1999, BGBl. Nr. 81/2000, idF BGBl. II Nr. 393/2008
- Giftliste-Verordnung 2002, BGBl. II Nr. 126/2003
- Giftverordnung 2000, BGBl. II Nr. 24/2001
- Giftinformations-Verordnung 1999, BGBl. II Nr. 137/1999, idF BGBl. II Nr. 289/2005
- Abfallverbrennung - Sammelverordnung), BGBl. II Nr. 389/2002
- Verordnung über ein Verbot bestimmter gefährlicher Stoffe in Pflanzenschutzmitteln, BGBl. Nr. 97/1992
- Chemikalien-Verbotsverordnung 2003, BGBl. II Nr. 477/2003 idF BGBl. II Nr. 361/2008
- Gesetz über das Verbot des Verbrennens biogener Materialien, BGBl. I Nr. 405/1993, idF BGBl. I Nr. 108/2001
- Bundesluftreinhaltegesetz, BGBl. I Nr. 137/2002, idF BGBl. I Nr. 77/2010
- Emissionshöchstmengengesetz-Luft, BGBl. I Nr. 34/2003
- Immissionsschutzgesetz-Luft, BGBl. I Nr. 115/1997, idF BGBl. I Nr. 77/2010
- Verordnung über das Messkonzept zum IG-L, BGBl. Nr. 263/2004, idF BGBl. Nr. 500/2006
- Emissionskataster-Verordnung, BGBl. II Nr. 2013/2007
- Ozongesetz, BGBl. I 210/1992, idF BGBl. I Nr. 34/2003
- Ozon-Messkonzept-Verordnung, BGBl. II Nr. 99/2004
- Verordnung über die Einteilung in Ozon-Überwachungsgebiete, BGBl. Nr. 513/1992
- Aktionsplan zum Immissionsschutzgesetz-Luft, BGBl. II Nr. 207/2002
- Verordnung über Immissionsgrenzwerte und Immissionszielwerte zum Schutz der Ökosysteme und der Vegetation, BGBl. II Nr. 298/2001
- Begasungssicherheitsverordnung, BGBl. II Nr. 287/2005
- Bundes-Umwelthaftungsgesetz, BGBl. I Nr. 55/2009

## 10.5 Bedeutende Rechtsgrundlagen der EG im Bereich der Land- und Forstwirtschaft

### Gemeinsame Agrarpolitik

- VO Nr. 1290/2005 über die Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik
- VO Nr. 259/2008 mit Durchführungsbestimmungen zur VO Nr. 1290/2005 hinsichtlich der Veröffentlichung von Informationen über die Empfänger von Mitteln aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)
- VO Nr. 885/2006 mit Durchführungsvorschriften zur VO Nr. 1290/2005 hinsichtlich der Zulassung der Zahlstellen und anderen Einrichtungen sowie des Rechnungsabschlusses für den EGFL und den ELER
- VO Nr. 883/2006 mit Durchführungsvorschriften zur VO Nr. 1290/2005 hinsichtlich der Buchführung der Zahlstellen, der Ausgaben- und Einnahmenerklärungen und der Bedingungen für die Erstattung der Ausgaben im Rahmen des EGFL und des ELER (in Kraft ab 16.10.2006)
- VO Nr. 884/2006 mit Durchführungsvorschriften zur VO Nr. 1290/2005 hinsichtlich der Finanzierung der Interventionsmaßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und der Verbuchung der Maßnahmen der öffentlichen Lagerhaltung durch die Zahlstellen der Mitgliedstaaten
- VO Nr. 485/2008 über die von den Mitgliedstaaten vorzunehmende Prüfung der Maßnahmen, die Bestandteil des Finanzierungssystems des Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft sind (kodifizierte Fassung)
- VO Nr. 2185/96 betreffend die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten
- VO Nr. 1848/2006 betreffend Unregelmäßigkeiten und die Wiedereinziehung zu Unrecht gezahlter Beträge im Rahmen der Finanzierung der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die Einrichtung eines einschlägigen Informationssystems
- VO Nr. 1469/95 über Vorkehrungen gegenüber bestimmten Begünstigten der vom EAGFL/Garantie finanzierten Maßnahmen
- VO Nr. 2988/95 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften
- VO Nr. 1182/71 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine
- VO Nr. 73/2009 mit gemeinsamen Regeln für Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik
- VO Nr. 1120/2009 mit Durchführungsbestimmungen zur Betriebsprämienregelung gemäß Titel III der VO Nr. 73/2009
- VO Nr. 1121/2009 mit Durchführungsbestimmungen zur VO Nr. 73/2009 hinsichtlich der Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe nach den Titeln IV und V der Verordnung
- VO Nr. 1122/2009 mit Durchführungsbestimmungen zur VO

Nr. 73/2009 hinsichtlich der Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen der Modulation und des integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems im Rahmen der Stützungsregelungen für Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe und mit Durchführungsbestimmungen zur VO Nr. 1234/2007 hinsichtlich der Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen im Rahmen der Stützungsregelung für den Weinsektor

### 1. Säule: Marktordnung

- VO Nr. 1234/2007 über eine gemeinsame Organisation der Agrarmärkte (Verordnung über die einheitliche GMO)
- VO Nr. 376/2008 mit gemeinsamen Durchführungsbestimmungen für Ein- und Ausfuhrlicenzen
- VO Nr. 826/2008 mit gemeinsamen Bestimmungen für die Gewährung von Beihilfen für die private Lagerhaltung von bestimmten landwirtschaftlichen Erzeugnissen
- VO Nr. 1272/2009 mit gemeinsamen Durchführungsbestimmungen hinsichtlich des An- und Verkaufs von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im Rahmen der öffentlichen Intervention

### Milch

- VO Nr. 595/2004 mit Durchführungsbestimmungen zur Abgabe im Milchsektor
- VO Nr. 657/2008 mit Durchführungsvorschriften hinsichtlich der Gewährung einer Gemeinschaftsbeihilfe für die Abgabe von Milch und bestimmten Milcherzeugnissen an Schüler in Schulen
- VO Nr. 2799/99 mit Durchführungsvorschriften hinsichtlich der Gewährung einer Beihilfe für Magermilch und Magermilchpulver für Futterzwecke und des Verkaufs dieses Magermilchpulvers
- VO Nr. 2921/90 über die Gewährung von Beihilfen für die zur Herstellung von Kasein und Kaseinaten bestimmte Magermilch
- VO Nr. 760/2008 mit Durchführungsvorschriften hinsichtlich der Genehmigungen für die Verwendung von Kasein und Kaseinaten bei der Käseherstellung
- VO Nr. 2535/2001 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung für Milch und Milcherzeugnisse und zur Eröffnung der betreffenden Zollkontingente

### Getreide

- VO Nr. 1125/2010 zur Festlegung der Interventionsorte für Getreide
- VO Nr. 1342/03 mit besonderen Durchführungsbestimmungen für Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen für Getreide und Reis

### Rindfleisch

- VO Nr. 382/2008 mit Durchführungsbestimmungen für Ein-

und Ausfuhrlicenzen für Rindfleisch

- VO Nr. 2273/2002 mit Durchführungsbestimmungen zur VO 1254/1999 hinsichtlich der Erhebung der Preise für bestimmte Rinder auf repräsentativen Märkten der Gemeinschaft
- VO Nr. 1249/2008 mit Durchführungsbestimmungen zu den gemeinschaftlichen Handelsklassenschemata für Schlachtkörper von Rindern, Schweinen und Schafen und zur Feststellung der diesbezüglichen Preise
- VO Nr. 1760/2000 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern und über die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen
- VO Nr. 911/2004 zur Umsetzung der VO 176/2008 in Bezug auf Ohrmarken, Tier-Pässe und Bestandsregister
- VO Nr. 1082/2003 mit Durchführungsvorschriften zur VO 1760/2000 für die Mindestkontrollen im Rahmen des Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern
- VO Nr. 494/98 hinsichtlich der Anwendung von verwaltungsrechtlichen Mindestsanktionen im Rahmen des Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern

#### Schweinefleisch

- VO Nr. 391/68 über die Durchführungsbestimmungen bei Interventionskäufen auf dem Schweinefleischsektor
- VO Nr. 1518/2003 mit Durchführungsbestimmungen für die Ausfuhrlicenzen im Sektor Schweinefleisch

#### Zucker und Stärke

- VO Nr. 2236/03 mit Durchführungsbestimmungen für die VO Nr. 1868/94 zur Einführung einer Kontingentierungsregelung für die Kartoffelstärkerzeugung (Ende der Gültigkeit: 30.6.2009)
- VO Nr. 967/2006 mit Durchführungsbestimmungen zur VO Nr. 318/2006 des Rates hinsichtlich der Nichtquotenerzeugung im Zuckersektor
- VO 320/06 mit einer befristeten Umstrukturierungsregelung für die Zuckerindustrie in der EG
- VO Nr. 493/2006 mit Übergangsmaßnahmen für die Reform der gemeinsamen Marktorganisation für Zucker
- VO Nr. 952/2006 mit Durchführungsbestimmungen zur VO Nr. 318/2006 des Rates hinsichtlich der Binnenmarktordnung und Quotenregelung für Zucker (Ende der Gültigkeit: 30.9.2010)

#### Obst und Gemüse

- VO Nr. 1234/2007 über die einheitliche GMO
- VO Nr. 1580/2007 mit Durchführungsbestimmungen im Sektor Obst und Gemüse
- VO Nr. 13/2009 über die Einführung eines Schulobstprogrammes
- VO Nr. 288/2009 über die Durchführung des Schulobstprogrammes

#### Wein

- VO Nr. 436/2009 hinsichtlich der Weinbaukartei, der obligatorischen Meldung und der Sammlung von Informationen

zur Überwachung des Marktes, der Begleitdokumente für die Beförderung von Weinbauerzeugnissen und der Ein- und Ausgangsbücher im Weissektor

- VO Nr. 606/2009 hinsichtlich der Weinbauerzeugniskategorien, der önologischen Verfahren und der diesbezüglichen Einschränkungen
- VO Nr. 607/2009 hinsichtlich der geschützten Ursprungsbezeichnungen und geographischen Angaben, der traditionellen Begriffe sowie der Kennzeichnung und der Aufmachung bestimmter Weinbauerzeugnisse

#### Sonstiges

- VO Nr. 382/2005 mit Durchführungsbestimmungen zur VO Nr. 1786/2003 über die gemeinsame Marktorganisation für Trockenfutter
- VO Nr. 507/2008 mit Durchführungsbestimmungen zur VO Nr. 1673/2000 über die gemeinsame Marktorganisation für Faserflachs und Faserhanf

#### Vermarktungsnormen

- VO Nr. 1234/2007 über die einheitliche GMO
- VO Nr. 1249/2008 mit Durchführungsbestimmungen zum gem. Handelsklassenschema für Schlachtkörper von Rindern, Schweinen und Schafen und zur Feststellung der diesbezüglichen Preise
- VO Nr. 589/2008 mit Durchführungsvorschriften zur VO Nr. 1234/2007 hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Eier
- VO Nr. 617/2008 mit Durchführungsvorschriften zur VO Nr. 1234/2007 hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Bruteier und Küken von Hausgeflügel
- VO Nr. 543/2008 mit Durchführungsvorschriften zur VO Nr. 1234/2007 hinsichtlich der Vermarktungsnormen für Geflügelfleisch
- VO Nr. 288/2008 mit Durchführungsbestimmungen zur VO (EG) Nr. 1234/2007 (Schulost)

#### **2. Säule: Ländliche Entwicklung**

- VO Nr. 1698/2005 über die Förderung der Entwicklung des Ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER)
- VO Nr. 1974/2006 mit Durchführungsvorschriften zur VO Nr. 1698/2005
- VO Nr. 65/2011 mit Durchführungsbestimmungen zur VO Nr. 1698/2005 hinsichtlich der Kontrollverfahren und der Einhaltung anderweitiger Verpflichtungen bei Maßnahmen zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums

#### **Agarisches Beihilfenrecht**

- Rahmenregelung der Gemeinschaft für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor 2007 - 2013 (ABl. C 319/2006)
- VO Nr. 1535/2007 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen im Agrarerezeugnissektor

- VO Nr. 1857/2006 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatlichen Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen tätige Unternehmer

#### Gemeinsame Fischereipolitik

- VO Nr. 1198/2006 über den Europäischen Fischereifonds
- VO Nr. 498/2007 mit Durchführungsbestimmungen zur VO Nr. 1198/2006
- VO Nr. 736/2008 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Beihilfen an kleine und mittlere in der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Fischereierzeugnissen tätige Unternehmer
- VO Nr. 875/2007 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf De-minimis-Beihilfen im Fischereisektor
- Leitlinien für die Prüfung staatlicher Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (ABl C 84/2008, S. 10)

#### Statistik

- VO Nr. 1166/2008 über die Betriebsstrukturerhebungen und die Erhebungen über landwirtschaftliche Produktionsmethoden
- VO Nr. 762/2008 über die Vorlage von Aquakulturstatistiken durch die Mitgliedstaaten
- VO Nr. 1165/2008 über Viehbestands- und Fleischstatistiken
- VO Nr. 1234/2007 über die einheitliche GMO
- VO Nr. 357/79 über statistische Erhebungen der Rebflächen
- VO Nr. 543/2009 über die Statistik der pflanzlichen Erzeugnisse
- VO Nr. 138/2004 zur landwirtschaftlichen Gesamtrechnung
- VO Nr. 1185/2009 über Statistiken zu Pestiziden

#### Sonstiges

- VO Nr. 178/2002 zur Festlegung der allgemeinen Grundsätze und Anforderungen des Lebensmittelrechts, zur Errichtung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit und zur Festlegung von Verfahren zur Lebensmittelsicherheit
- VO Nr. 852/2004 über Lebensmittelhygiene
- VO Nr. 853/2004 mit spezifischen Hygienevorschriften für Lebensmittel tierischen Ursprungs
- VO Nr. 882/2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz
- VO Nr. 1774/2002 Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte
- VO Nr. 834/2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen
- VO Nr. 258/97 über neuartige Lebensmittel und neuartige Lebensmittelzutaten (Novel-Food VO)
- VO Nr. 1829/2003 über genetisch veränderte Lebensmittel und Futtermittel

- VO Nr. 1830/2003 über die Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung von genetisch veränderten Organismen und über die Rückverfolgbarkeit von aus genetisch veränderten Organismen hergestellten Lebensmitteln und Futtermitteln
- VO Nr. 2377/90 betreffend Festsetzung von Höchstmengen für Tierarzneimittelrückstände in Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs
- VO Nr. 396/2005 über Höchstgehalte an Pestizidrückständen in oder auf Lebens- und Futtermitteln pflanzlichen oder tierischen Ursprungs
- VO Nr. 110/2006 über Kontrollmaßnahmen betreffend bestimmte Stoffe und deren Rückstände in lebenden Tieren und Lebensmitteln tierischer Herkunft
- VO Nr. 510/2006 zum Schutz von geografischen Angaben und Ursprungsbezeichnungen für Agrarerzeugnisse und Lebensmittel
- VO Nr. 1898/2006 mit Durchführungsbestimmungen zur VO Nr. 510/2006
- VO Nr. 509/2006 über die garantiert traditionellen Spezialitäten bei Agrarerzeugnissen und Lebensmitteln
- VO Nr. 1216/2007 mit Durchführungsbestimmungen zur VO Nr. 509/2006
- VO Nr. 1831/2003 über Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung
- VO Nr. 183/2005 mit Vorschriften über die Futtermittelhygiene
- VO Nr. 2100/94 über den gemeinschaftlichen Sortenschutz
- VO Nr. 1/2005 über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen
- VO Nr. 1291/2000 mit gemeinsamen Durchführungsbestimmungen für Einfuhr- und Ausfuhrlicenzen sowie Voraussetzungsbescheinigungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse
- VO Nr. 1043/2005 zur Durchführung der VO Nr. 3448/93 im Hinblick auf die Gewährung von Ausfuhrerstattungen und die Kriterien zur Festsetzung des Erstattungsbetrages für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse, die in Form von nicht unter Anhang I des Vertrages fallenden Waren durchgeführt werden
- VO Nr. 800/1999 über gemeinsame Durchführungsbestimmungen für Ausfuhrerstattungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen
- VO Nr. 850/2004 über persistente organische Schadstoffe
- VO Nr. 1907/2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung von Beschränkung chemischer Stoffe (REACH)
- VO Nr. 1272/2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen
- VO Nr. 689/2008 über die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien

## Ergebnisse und Konsequenzen der Betriebszweigauswertung im Rahmen der Arbeitskreisberatung

Unternehmerisches Handeln, eine klare Betriebsstrategie, beste Produktionstechnik und permanente Weiterbildung sind Schlüsselfaktoren für einen nachhaltigen Betriebserfolg. Kennzahlenvergleiche mit anderen Betrieben liefern Hinweise darüber, wo der einzelne Betrieb steht, wo noch Potenziale schlummern und welche Weichen für die Zukunft zu stellen sind.

Die Ermittlung und der Vergleich produktionstechnischer und ökonomischer Kennzahlen auf Basis von Betriebszweigauswertungen (Kostenrechnung) bildet in Kombination mit teilnehmerorientierten Weiterbildungs- und Beratungsmaßnahmen einen Schwerpunkt der Arbeitskreisberatung.

Arbeitskreise sind Gruppen von 15 bis 20 Bäuerinnen und Bauern mit gleichem Produktionsschwerpunkt, die ihr fachliches Können und Wissen vertiefen und erweitern wollen. Ziel ist die Optimierung der Produktion, die Steigerung der Arbeitseffizienz und die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. 4.200 land- und forstwirtschaftliche Betriebe, davon 13,4 % Biobetriebe, aus elf Produktionsbereichen, nutzen derzeit in über 260 Arbeitskreisen dieses Angebot und verfügen somit über ein hervorragendes Controllinginstrument.

Die Ergebnisse der Betriebszweigauswertung werden bundesweit ausgewertet und jährlich in Form von Berichten veröffentlicht, die vom BMLFUW in Zusammenarbeit mit den Landwirtschaftskammern, dem LFZ Raumberg-Gumpenstein und der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft erstellt werden. Berichte dieser Art gibt es für die Bereiche Marktfruchtbau, Ferkelproduktion, Schweinemast, Milchproduktion, Rindermast, Mutterkuh-, Ochsen-, Schaf- und Ziegenhaltung sowie Unternehmensführung.

Die Arbeitskreisberatung wird von den Landwirtschaftskammern in Zusammenarbeit mit den Ländlichen Fortbildungsinstituten durchgeführt und aus Mitteln der Ländlichen Entwicklung unterstützt. Sie steht allen Betrieben offen, unabhängig von der Größe, der Erwerbsform und der Wirtschaftsweise.



## 10.6 Landwirtschaftsgesetz 1992 (in der geltenden Fassung)

### 375. Bundesgesetz, mit dem Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung sowie zur Erhaltung einer flächendeckenden, leistungsfähigen, bäuerlichen Landwirtschaft getroffen werden (Landwirtschaftsgesetz 1992 - LWG)

Der Nationalrat hat beschlossen:

#### Ziele

§ 1. Ziel der Agrarpolitik und dieses Bundesgesetzes ist es, unter Bedachtnahme auf die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP),

1. eine wirtschaftlich gesunde, leistungsfähige, bäuerliche Land- und Forstwirtschaft in einem funktionsfähigen ländlichen Raum zu erhalten, wobei auf die soziale Orientierung, die ökologische Verträglichkeit und die regionale Ausgewogenheit unter besonderer Berücksichtigung der Berggebiete und Sonstigen benachteiligten Gebiete Bedacht zu nehmen ist,
2. die vielfältigen Erwerbs- und Beschäftigungskombinationen zwischen der Landwirtschaft und anderen Wirtschaftsbereichen auszubauen,
3. die agrarische Produktion, Verarbeitung und Vermarktung marktorientiert auszurichten,
4. die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, insbesondere durch strukturelle Maßnahmen zu erhöhen, dabei ist auf eine leistungsfähige, umweltschonende, sozial orientierte, bäuerliche Landwirtschaft besonders Bedacht zu nehmen,
5. den in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen die Teilnahme am sozialen und wirtschaftlichen Wohlstand zu ermöglichen und
6. die Landwirtschaft unter Bedachtnahme auf die Gesamtwirtschaft und die Interessen der Verbraucher zu fördern, damit sie imstande ist,
  - a) naturbedingte Nachteile gegenüber anderen Wirtschaftszweigen auszugleichen,
  - b) der Bevölkerung die bestmögliche Versorgung mit qualitativ hochwertigen Lebensmitteln und Rohstoffen zu sichern,
  - c) sich den Änderungen der volkswirtschaftlichen Verhältnisse anzupassen und
  - d) die natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft nachhaltig zu sichern, die Kultur- und Erholungslandschaft zu erhalten und zu gestalten sowie den Schutz vor Naturgefahren zu unterstützen und

7. für die Land- und Forstwirtschaft EU-Kofinanzierungsmöglichkeiten umfassend auszuschöpfen.

#### Arten der Förderung und Maßnahmen

§ 2. (1) Als Arten der Förderung im Rahmen dieses Bundesgesetzes kommen in Betracht:

1. Direktzahlungen,
2. Zinsenzuschüsse,
3. sonstige Beihilfen und Zuschüsse.

(2) Unter Bedachtnahme auf die Ziele gemäß § 1 kommen insbesondere folgende Förderungsmaßnahmen in Betracht:

1. produktionsneutrale direkte Einkommenszuschüsse und leistungsbezogene Direktzahlungen,
2. qualitätsverbessernde, umweltschonende sowie produktionslenkende Maßnahmen im pflanzlichen und tierischen Bereich,
3. Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit im Bereich der agrarischen Produktion und Vermarktung,
4. betriebserhaltende und infrastrukturelle Maßnahmen,
5. Maßnahmen für Forschung und Entwicklung sowie deren Umsetzung auf land-, forst- und wasserwirtschaftlichem Gebiet und
6. Maßnahmen zur land- und forstwirtschaftlichen Investitionsförderung.

(3) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Vorschriften nähere Bestimmungen über die Abwicklung der Förderungen zu erlassen.

(4) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat für die Gewährung von ausschließlich national finanzierten betrieblichen Förderungsmaßnahmen durch Verordnung bis 31. Dezember 1995 die ökologischen Mindestkriterien festzulegen.

(5) (Verfassungsbestimmung) Die Gewährung von Förderungen auf Grund von privatwirtschaftlichen Vereinbarungen im Rahmen von Maßnahmen gemäß der Sonderrichtlinie für das Österreichische Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft erfolgt nach Maßgabe nachstehender Festlegungen:

1. *Fruchtfolgestabilisierung*: Die in der Sonderrichtlinie genannten Prämien werden gewährt zu 100% für die je Begrünungsstufe festgelegte Mindestbegrünungsfläche sowie zu 50% für die übrige Ackerfläche des Betriebes. Für eine Fläche, die gemäß Verordnung (EWV) Nr. 1765/92 des Rates zur Einführung einer Stützungsrege-

lung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen im Rahmen des Mehrfachantrages, der dem jeweiligen Antrag auf Fruchtfolge stabilisierung folgt, als Stilllegungsfläche beantragt wird, wird in keinem Fall eine Prämie gewährt; war diese Fläche jedoch gemäß den Erfordernissen der Fruchtfolge stabilisierung im vorangegangenen Zeitraum desselben Getreidewirtschaftsjahres begrünt, wird sie jedoch zur Ermittlung der Begrünungsstufe herangezogen;

2. **Elementarförderung:** Die Prämie für Ackerflächen abzüglich jener Fläche, die gemäß Verordnung (EWG) Nr. 1765/92 des Rates zur Einführung einer Stützungsregelung für Erzeuger bestimmter landwirtschaftlicher Kulturpflanzen im laufenden Getreidewirtschaftsjahr stillgelegt ist, beträgt bis zu einem Flächenausmaß bis zu 100 Hektar 500 S je Hektar, für das 100 Hektar übersteigende Ausmaß bis zu einem Ausmaß von 300 Hektar 450 S je Hektar, für das 300 Hektar übersteigende Ausmaß 400 S je Hektar;
3. **Maßnahmen, die nicht im gesamten Bundesgebiet angeboten werden müssen:** Stellt das Land für Maßnahmen, die nicht im gesamten Bundesgebiet angeboten werden müssen, weniger Landesmittel zur Verfügung, als es zur Wahrung des Finanzierungsverhältnisses gemäß § 3 unter Berücksichtigung des vereinbarten Förderungsmaßes erforderlich wäre, verringert sich das vereinbarte Förderungsmaß durch entsprechende Absenkung des Anteils an Bundesmitteln einschließlich allfälliger EU-Mittel bis zur Erreichung des Finanzierungsverhältnisses gemäß § 3. Das Ausmaß der Reduzierung der Landesmittel darf hierbei 20% nicht überschreiten.

#### **Finanzierung von Förderungsmaßnahmen**

§ 3. (1) Der Bund stellt Mittel für Förderungsmaßnahmen im Sinne dieses Bundesgesetzes dann zur Verfügung, wenn das jeweilige Land für jede einzelne Förderungsmaßnahme Landesmittel im Ausmaß von 2/3 der Bundesmittel bereitstellt.

(2) Von Abs. 1 abweichende Finanzierungsanteile von Bund und Ländern für einzelne Förderungsmaßnahmen können in einer Vereinbarung vorgesehen werden, die der Bund auf Grund eines gemeinsamen Vorschlages der Länder mit den Ländern abschließt; dabei können auch ausschließlich aus Landesmitteln finanzierte Förderungen auf den Länderanteil angerechnet werden. In dieser Vereinbarung ist jedoch sicherzustellen, dass je Finanzjahr und Bundesland die Gesamtheit der Förderungsmaßnahmen im Ausmaß von 2/3 der Bundesmittel durch das jeweilige Land finanziert wird.

#### **Berggebiete und benachteiligte förderungswürdige Gebiete**

§ 4. (1) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat das Berggebiet mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates durch Verordnung zu bestimmen. Unter Berggebiet im Sinne dieses Bundesgesetzes sind zusammenhängende Gebiete, bestehend aus Gemeinden oder Gemeindeteilen, mit erheblich eingeschränkter Möglichkeit

zur Nutzung der Böden und bedeutend höherem Arbeitsaufwand zu verstehen, in denen schwierige klimatische Verhältnisse oder starke Hangneigungen oder das Zusammenreffen dieser beiden Gegebenheiten zu erheblich erschwerten Lebens- und Produktionsbedingungen führen. Ferner kann der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats durch Verordnung Bergbauernbetriebe im Sinne des § 5 Abs. 2, die außerhalb des Berggebiets liegen, einzeln oder nach Gemeinden und Gemeindeteilen zusammengefasst, bestimmen.

(2) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat benachteiligte förderungswürdige Gebiete mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats durch Verordnung zu bestimmen. Unter benachteiligten förderungswürdigen Gebieten im Sinne dieses Absatzes sind jene gleichartigen Agrarzonen zu verstehen, in denen sich insbesondere aufgrund der geringen Ertragsfähigkeit der Böden und der Anpassungsfähigkeit in Bezug auf die Entwicklung des Agrarsektors erschwerte Lebens- und Produktionsbedingungen ergeben.

(3) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat auf Basis der diesbezüglichen Beschlüsse der Österreichischen Raumordnungskonferenz weitere benachteiligte förderungswürdige Gebiete mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrats durch Verordnung zu bestimmen. Darunter sind Gebiete zu verstehen, in denen unter Berücksichtigung ihres ländlichen Charakters aufgrund der Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, ihres wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Entwicklungsgrades, ihrer Randlage sowie ihrer Anpassungsfähigkeit in Bezug auf die Entwicklung des Agrarsektors Maßnahmen gemäß § 2 besondere Bedeutung zukommt.

(4) Die in Abs. 1 bis 3 genannten Gebiete sind besonders förderungswürdig. Dabei sind Bergbauernbetriebe, die außerhalb des Berggebiets liegen, sinngemäß zu berücksichtigen. Diese Förderungsmaßnahmen können sich sowohl auf landwirtschaftliche Betriebe als auch auf überbetriebliche Zusammenschlüsse beziehen.

#### **Bergbauernbetriebe und Betriebe in benachteiligten Regionen**

§ 5. (1) Bergbauernbetriebe und Betriebe in benachteiligten Regionen können unter Bedachtnahme auf die in § 1 genannten Ziele durch geeignete Maßnahmen insbesondere gemäß § 2 Abs. 2 Z 1 (z.B. Bergbauernzuschuss) gefördert werden.

(2) Unter Bergbauernbetrieben im Sinne dieses Bundesgesetzes sind jene Betriebe zu verstehen, in denen sich durch die äußere und die innere Verkehrslage sowie das Klima erheblich erschwerte Lebens- und Produktionsbedingungen

ergeben. Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft kann unter Bedachtnahme auf § 4 Abs. 1 mit Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates durch Verordnung die Bergbauernbetriebe, einzeln oder nach Gemeinden und Gemeindeteilen zusammengefasst, bestimmen.

### Ergänzende Preisbestimmung

§ 6. Werden nach den Vorschriften des Preisgesetzes 1992, BGBl.Nr. 145, für landwirtschaftliche Erzeugnisse Preise bestimmt, so ist auf die besonderen Verhältnisse der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere auf deren Abhängigkeit von Klima- und Wetterbedingungen sowie auf die Tatsache, dass in der Landwirtschaft Produktionsumstellungen im allgemeinen nur auf lange Sicht möglich sind, Bedacht zu nehmen.

### Kommission

§ 7. (1) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat eine Kommission einzurichten. Diese Kommission besteht aus folgenden Mitgliedern:

Je ein Vertreter

1. der im Nationalrat vertretenen politischen Parteien,
2. der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs,
3. der Wirtschaftskammer Österreich,
4. der Bundesarbeitskammer,
5. des Österreichischen Gewerkschaftsbunds.

(2) Die in Abs. 1 genannten Mitglieder und deren jeweiliges Ersatzmitglied werden auf Vorschlag der entsendungsberechtigten Stellen vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft bestellt. Die Bestellungen können jederzeit widerrufen werden; falls kein früherer Widerruf erfolgt, gelten sie für die Dauer von fünf Jahren.

(3) Die Mitgliedschaft zur Kommission ist ein unentgeltliches Ehrenamt. Die Reise- und Aufenthaltsgebühren der nicht im Tagungsort wohnenden Mitglieder der Kommission werden vom Bund in der für Bundesbeamte der Dienstklasse VIII geltenden Höhe getragen.

(4) Den Vorsitz in der Kommission führt der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft oder ein von ihm bestimmter Vertreter.

(5) Gültige Beschlüsse der Kommission sind in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder (Ersatzmitglieder) und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen zu fassen.

(6) Die Kommission hat ihre Tätigkeit durch eine Geschäftsordnung zu regeln.

(7) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft kann insbesondere Landwirte und weitere Experten insbesondere auf dem Gebiet der Agrarökonomie mit beratender Stimme zu den Beratungen der Kommission beiziehen, soweit dies für die Behandlung bestimmter Sachfragen erforderlich ist.

### Aufgaben der Kommission

§ 8. (1) Die Kommission hat folgende Aufgaben:

1. Erstattung von Empfehlungen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft unter Berücksichtigung der Entwicklung in der Landwirtschaft für die im folgenden Kalenderjahr unter Bedachtnahme auf die Ziele des § 1 erforderlichen Maßnahmen.
2. Mitwirkung bei der Erarbeitung des Berichtes gemäß § 9 Abs. 2 über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft im abgelaufenen Kalenderjahr (Grüner Bericht) und
3. Mitwirkung an der Schaffung von Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums und zur Erarbeitung von Förderungskriterien für solche Programme auf Grund von gemeinschaftlichen Normen zur Vorlage an die Europäische Kommission."

(2) Die Kommission hat alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Unterlagen heranzuziehen, wobei ihr vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft zeitgerecht alle ihm verfügbaren einschlägigen Unterlagen zu überlassen sind.

### Berichte des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft und deren Gliederung

§ 9. (1) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft hat der Bundesregierung bis 15. September eines jeden Jahres einen Bericht vorzulegen, der die Entwicklung und wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft im abgelaufenen Kalenderjahr sowie die unter Berücksichtigung allfälliger Empfehlungen gemäß § 8 Abs. 1 Z 1 im folgenden Kalenderjahr erforderlichen Maßnahmen sowie allfällige Beschlüsse gemäß § 8 Abs. 1 Z 3 enthält (Grüner Bericht)."

(2) Die Bundesregierung hat auf Grund des Grünen Berichtes spätestens gleichzeitig mit dem Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Bundes für das folgende Finanzjahr (Art. 51 Abs. 1 B-VG) dem Nationalrat einen "Bericht über die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft und der im folgenden Jahr zutreffenden Maßnahmen" vorzulegen.

(3) Der *Grüne Bericht* hat die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft im abgelaufenen Kalenderjahr, gegliedert nach Betriebsgrößen, Betriebsformen und Produktionsgebieten, unter besonderer Berücksichtigung von sozioökonomischen Betriebskategorien und von Bergbauernbetrieben und von Betrieben in benachteiligten förderungswürdigen Gebieten festzustellen. Weiter hat der *Grüne Bericht* ins-

besondere die Stellung der Landwirtschaft innerhalb der österreichischen Volkswirtschaft, die internationalen agrarwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Entwicklung des agrarischen Außenhandels und die landwirtschaftliche Produktion zu behandeln. Dabei sind auch die Auswirkungen der durchgeführten Förderungsmaßnahmen darzustellen.

(3a) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat jährlich für jede von der AMA für das Berichtsjahr durchgeführte Förderungsmaßnahme - unabhängig davon, ob diese aus EU-Mitteln oder nationalen Mitteln finanziert wird - sowie für alle von ihr für das Berichtsjahr durchgeführten Förderungsmaßnahmen insgesamt sowohl für das gesamte Bundesgebiet als auch getrennt für jedes einzelne Land aggregierte Daten über die Förderungsmaßnahmen zu veröffentlichen, die jedenfalls folgende Angaben enthalten müssen: Anzahl der Förderungsfälle, Verteilung der Förderungsfälle auf Förderungsklassen jeweils in Stufen zu hunderttausend Schilling, ausbezahlte Förderungen je Förderungsklasse, prozentuelle Verteilung der Förderungsfälle auf die Förderungsklassen und durchschnittlicher Förderungsbetrag je Förderungsklasse.

(4) Für den *Grünen Bericht* können alle hierzu geeigneten agrarökonomischen und statistischen Unterlagen herangezogen werden. Insbesondere sind Buchführungsergebnisse einer ausreichenden Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe in repräsentativer Auswahl und Gruppierung zusammenzustellen und auszuwerten; dabei ist die Anzahl von 2 000 Erhebungsbetrieben nach Möglichkeit nicht zu unterschreiten. Hierzu kann eine für Belange der landwirtschaftlichen Buchführung hinreichend ausgestattete Institution beauftragt werden. Die Mitwirkung der landwirtschaftlichen Betriebe ist freiwillig.

(5) Daten, die einzelne landwirtschaftliche Betriebe betreffen und die gemäß Abs. 5 oder anlässlich der Beratung ermittelt oder verarbeitet worden sind, dürfen ohne die ausdrückliche und schriftliche Zustimmung der Betroffenen für andere als die in Abs. 4 genannten Zwecke oder Zwecke der Beratung der Betroffenen nicht verwendet werden.

(6) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft ist ermächtigt, anonymisierte einzelbetriebliche Buchführungsergebnisse eines Landes dem betreffenden Land für Zwecke der Feststellung der wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft dieses Landes gegen angemessene Vergütung zur Verfügung zu stellen. Die Höhe dieser Vergütung ist durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen festzusetzen.

(7) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft ist ermächtigt, die im Abs. 6 genannten Daten den zuständigen Organen der Europäischen Union zum Zweck der Erfüllung

der sich aus dem Beitritt ergebenden Verpflichtung zu übermitteln.

### **Einschaltung von privaten Einrichtungen**

§ 10. (1) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft kann sich zur automationsunterstützt durchzuführenden Vorbereitung des Zahlungsverkehrs von Förderungsmitteln auch privater Einrichtungen bedienen.

(2) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft hat zur Durchführung der in Abs. 1 genannten Aufgaben gemäß § 56 Abs. 1 BHV 1989, BGBl.Nr. 570, eine Sondervorschrift im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen und dem Rechnungshof zu erlassen.

### **Inkrafttreten und Vollziehung**

§ 11. (1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Juli 1992 in Kraft.

(1a) § 1 erster Halbsatz, § 1 Z 7, § 2 Abs. 2 Z 2, § 2 Abs. 4, § 4 Abs. 1, Abs. 2 und 3, § 7 der Entfall von § 8 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 298/1995 treten mit Ablauf des Tages der Kundmachung, § 3 sowie § 9 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 298/1995 mit 1. Jänner 1995 in Kraft.

(1b) (Verfassungsbestimmung) § 2 Abs. 5 tritt in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 420/1996 mit 1. August 1996 in Kraft und ist auf alle Auszahlungsanträge, die im Rahmen bestehender Vereinbarungen nach diesem Zeitpunkt gestellt werden, anzuwenden. § 9 Abs. 3a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl.Nr. 420/1996 tritt mit 1. August 1996 in Kraft.

- (2) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind betraut
1. hinsichtlich des § 1, soweit er sich auf § 9 Abs. 3 bezieht, sowie des § 9 Abs. 3 die Bundesregierung,
  2. hinsichtlich des § 1, soweit er nicht unter Z 1 fällt, die mit der Vollziehung der sonstigen Bestimmungen dieses Bundesgesetzes betrauten Bundesminister,
  3. hinsichtlich des § 6 der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,
  4. hinsichtlich des § 10 Abs. 2 der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen und dem Rechnungshof und
  5. hinsichtlich der übrigen Bestimmungen der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft.

## 10.7 Abkürzungsverzeichnis

AEA	Österreichische Energie Agentur	DDA	Doha Development Agenda
AfA	Abschreibung für Anlagen	DSB	Dispute Settlement Body
AGES	Österreichische Agentur f. Gesundheit und Ernährungssicherheit	DSR	Daten, Statistik und Risikobewertung
ALFIS	Allgemeines land- und forstwirtschaftliches Informationssystem (im BMLFUW)	dt	Dezitonnen (100 kg)
AIK	Agrarinvestitionskredite	eAK	entlohnte Arbeitskräfte
AK-U	Arbeitskrafteinheit des Unternehmerhaushalts	ECOSOC	Economic and Social Council
AMA	Agrarmarkt Austria	EFF	Strukturfonds Fischerei
AMS	Arbeitsmarkt Service	Efm	Erntefestmeter
Art.	Artikel	EFRE	Europäischer Fonds für regionale Entwicklung
AS	Agrarstrukturserhebung	EG	Europäische Gemeinschaft
ASK	Agrarsonderkredit	EGE	Europäische Größeneinheit
ASVG	Allgemeines Sozialversicherungsgesetz	EGFL	Europäischer Garantiefonds für die Landwirtschaft
AUVA	Allgemeine Unfallversicherungsanstalt	EHW	Einheitswert
AWI	Bundesanstalt für Agrarwirtschaft	EK	EU-Kommission
AZ	Ausgleichszulage	ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
BABF	Bundesanstalt für Bergbauernfragen	ERA	Europäischen Forschungsraum
BAES	Bundesamt für Ernährungssicherheit	ERP	European Recovery Programm (Europ. Wiederaufbauprogramm)
bAK	betriebliche Arbeitskraft	ESVG	Europäisches System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
BBK	Bund-Bundesländer-Forschungskooperation	EU	Europäische Union
BEE	Bruttoeigenerzeugung	EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
BGBI.Nr.	Bundesgesetzblatt Nummer	FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations
BFG	Bundesfinanzgesetz	FBI	Farmland Bird Index
BFW	Bundesforschungs- und Ausbildungszentrum für Wald, Naturgefahren und Landschaft	FF	Forstwirtschaftlich genutzte Fläche
BHG	Betriebshilfegesetz	FFH-RL	Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie
BHK	Berghöfekataster	FGR	Forstwirtschaftliche Gesamtrechnung
BIP	Bruttoinlandsprodukt	FHA	Freihandelsabkommen
BIV	Bruttoinlandsverbrauch	FiBL	Forschungsinstitut für biologischen Landbau
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz	fm	Festmeter
BMBWK	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft u. Kultur	GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
BMF	Bundesministerium für Finanzen	GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
BMG	Bundesministerium für Gesundheit	GATS	General Agreement on Trade and Services
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	GFAK	Gesamt-Familienarbeitskraft
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation u. Technologie	GFM	Gekoppelte Flächenmaßnahmen
BMWFJ	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend	ggA	Geschützte geografische Angaben
BNE	Bruttonationaleinkommen	gtS	Geschützte traditionelle Spezialitäten
BOKU	Universität für Bodenkultur	GIS	GEO-Informationssystem
BÖ	Biene Österreich	GLÖZ	Guter landwirtschaftlicher und ökologischer Zustand
BP	Einheitliche Betriebsprämie	GMO	Gemeinsame Marktordnung
BSE	Bovine Spongiforme Encephalopathie	GSDB	Gesamtstandarddeckungsbeitrag
BST	Bovines Somatotropin	gU	geschützte Ursprungsbezeichnung
BSVG	Bauernsozialversicherungsgesetz	GWh	Gigawattstunden
BVA	Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter	GVE	Großvieheinheit
BWV	Bundeswasserbauverwaltung	GVO	Gentechnisch veränderte Organismen
BZA	Besonderer Zahlungsanspruch	GWh	Gigawattstunde
DAC	Districtus Austriae Controllatus	ha	Hektar
CC	Cross Compliance	hl	Hektoliter
CCM	Corn-Cob-Mix	HNVF	High Nature Value Farmland
CFS	Komitee für Welternährungssicherheit	i.d.g.F.	in der geltenden Fassung
CGIAR	Organisationen der Wissenschaft	IFAD	International Fund for Agricultural
DaFNE	Datenbank für Forschung zur nachhaltigen Entwicklung	INLB	Informationsnetz landwirtschaftlicher Buchführungen
		INVEKOS	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem
		ISDW	Initiative Schutz durch Wald
		JAE	Jahresarbeitsseinheiten
		KF	Kulturfläche
		kg	Kilogramm

KN	Kombinierte Nomenklatur	SDB	Standarddeckungsbeitrag
KV	Krankenversicherung; Kollektivvertrag	SEI	Shannon Evenness Index
LAG	Lokale Aktionsgruppen	SITC	Internationales Warenverzeichnis für den Außenhandel
LBG	LBG Wirtschaftstreuhand- und Beratungsges. mbH	SILC	Statistiküber Einkommen und Lebensbedingungen
LDCs	Least Developed Countries	SLK	genetische Vielfalt von Kulturpflanzen
LE07-13	Ländliche Entwicklung 2007 bis 2013	SLZA	Stilllegungszahlungsanspruch
LEH	Lebensmitteleinzelhandel	SN	genetische Vielfalt von Nutztieren
LFRZ	Land- und Forstwirtschaftliches Rechenzentrum	SNP	Sägenebenprodukte
LGR	Landwirtschaftliche Gesamtrechnung	SRM	spezifisches Risikomaterial
LKÖ	Landwirtschaftskammer Österreich	SPIK	Speiseindustrieerdäpfel
LF	Landwirtschaftlich genutzte Fläche	STIK	Stärkeindustrieerdäpfel
LFBIS	Land- und Forstwirtschaftliches Betriebs- und Informationsgesetz	Stk.	Stück
LWG	Landwirtschaftsgesetz	SVÄG	Sozialversicherungs-Änderungsgesetz
MDF	Mitteldichte Holzfaserverplatte	SVB	Sozialversicherungsanstalt der Bauern
MDG	Millenium Development Goals	SVG	Selbstversorgungsgrad
MFA	Mehrfach Antrag	SVL	Schwerpunkt Landesstelle
MIK	mehnjähriger integrierter nationaler Kontrollplan	t	Tonnen
Mio.	Millionen	TAD	Trade and Agriculture Department
Mrd.	Milliarden	TGD	Tiergesundheitsdienst
MW	Megawatt	THGE	Treibhausgasemissionen
MwSt.	Mehrwertsteuer	TM/ha	Trockenmasse je ha
nAK	nicht entlohnte Arbeitskräfte	TPD	Technischer Prüfdienst der AMA
NGO	Non-Governmental Organization	TRIPS	Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights
NGP	Nationaler Gewässerwirtschaftsplan	TWH	Terawattstunden
NREAP	Nationaler Aktionsplan f. erneuerbare Energie	UBA	Umweltbundesamt
NRZA	Zahlungsanspruch aus der nationalen Reserve	UaB	Urlaub am Bauernhof
ÖAR	Österr. Arbeitsgemeinschaft für Regionalberatung	UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development	UNO	Organisation der Vereinten Nationen
ÖGENE	Österreichische Nationalvereinigung für Genreserven	USt	Umsatzsteuer
ÖKL	Österreichisches Kuratorium für Landtechnik	UV	Unfallversicherung
ÖPUL	Österreichisches Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft	UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
ÖWI	Österreichische Waldinventur	VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
ÖWM	Weinmarketingsservicegesellschaft m.b.H.	VO	EU-Verordnung
PFEIL	Programm für Forschung und Entwicklung im Lebensministerium	VPI	Verbraucherpreisindex
PJ	Petajoule	VwGH	Verwaltungsgerichtshof
PMG	Pflanzenschutzmittelgesetz	WBFG	Wasserbautenförderungsgesetz
PV	Pensionsversicherung	WEM	Wildeflussmonitoring
PVL	Programmverantwortliche Landesstelle	WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
RL	Richtlinie	WJ	Wirtschaftsjahr
RGVE	rauhfuttermittelverzehrende Großvieheinheit	WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich
RLF	Reduzierte landwirtschaftlich genutzte Fläche	WLV	Wildbach- und Lawinverbauung
m (m.R.)	Raummeter (mit Rinde)	WRG	Wasserrechtsgesetz
RME	Raps-Methylester	WRRL	Wasserrahmenrichtlinie
RWA	Raiffeisen Ware Austria	WTO	World Trade Organisation
SAL	Sonderausschuss für Landwirtschaft	ZAR	Zentrale Arbeitsgemeinschaft der Rinderzüchter
		ZBB	Zusätzlicher Beihilfebetrag
		zgd.	zuletzt geändert durch
		ZWJ	Zuckerwirtschaftsjahr

## 10.8 Stichwortverzeichnis

### A

Abgabenleistung der Land- und Forstwirtschaft, 26,189  
 Absatzförderungsmaßnahmen, 112,260  
 Abschreibungen, 18,26,80,189,230ff,289  
 Ackerfläche, 65,69,194ff,289  
 Achse 1-4, 114ff,158  
 Agrarausgaben, 26ff,163ff,206  
 Agrarbudget, 11,108ff,259  
 Agraraußenhandel,27,190ff  
 Agrardiesel, 121,260ff,270  
 Agrarexporte, 28,191ff  
 Agrarimporte, 28,190ff  
 Agrarinvestitionskredite (AIK), 120,269  
 Agrarische Operationen, 121,260ff  
 Agrarmarkt Austria (AMA), 51,279  
 Agrarpolitik, 158ff,164ff  
 Agrarquote, 289  
 Agrarproduktion, 34ff,194ff  
 Agrarsektor, 7,14ff,183ff  
 Agrarstruktur, 9,62ff,209,289  
 Agrarstruktur in der EU, 69ff,224ff  
 Agrarstruktur in Österreich, 9,62,209ff  
 Agrarumweltmaßnahmen, 113,155,267ff,273  
 Agrar-Preis-Index, 57,184  
 ALFIS, 289,  
 Almwirtschaft, -fläche, 40ff,68,120,217,289  
 Altersversorgung, 135ff,280  
 AMA-Gütesiegelerzeuger, 205  
 AMA-Marketingmaßnahmen, 51,128,289,  
 Anlagevermögen, 104,230ff,289  
 Apfeleernte, 39,197,218  
 Arbeitskräfte in der Land- u. Forstw.,63,83,102,226ff,252  
   nichtentlohnte AK, 73,83,230ff  
   entlohnte AK, 73,83,230ff  
 Aufwand, 78,80,85,89,104,230ff,290  
 Ausfuhrerstattungen, 112,263,290  
 Ausgaben, 26ff,189  
 Ausgleichszahlungen und Prämien laut GAP, 110,260ff  
 Ausgleichszulage (AZ), 115ff,130,266,272,290  
 Auswahlrahmen, 311,  
 Außenhandel, 7ff,27ff,190ff  
 Außenhandelsbilanz, 190,192

### B

Bauernhof-Gäste, 55ff,205  
 Bäuerinnen, 74,135,228ff,259,280  
 Begriffsbestimmungen, 289,289  
 Beihilfen für Verarbeitung und Vermarktung, 112ff,260ff  
 Benachteiligte Gebiete, 87,115,212,239  
 Beratung, 121ff,260ff  
 Bergbaubetriebe, -gebiet, 9ff,76,84ff,210,213,237ff,249,290,328  
 Bergbauerneinkommen, 84ff,237ff  
 Berggebiete, 84,328  
 Berghöfekataster (BHK), 84ff,88,237,266,292  
 Berufsbildung, 114,121,260ff  
 Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft, 73,226ff  
 Betriebe, land- u. forstwirtschaftliche, 10,62ff,75,80,98,101,209ff,230  
 Betriebsform (Definition), 10,78ff,81,88

BetriebsführerInnen, 74,277  
 Betriebshilfe, 104,120,277  
 Betriebsmittel, 57,110,206  
 Betriebsprämie, 110,292,260ff,272,292  
 Betriebsvermögen, 100  
 BHK-Gruppen, 84ff,88,237  
 Bienenhaltung, 47,262,287  
 Bier, 32,198,192ff  
 Bildung, 122ff,260ff  
 Biodiesel, 142,260ff,270  
 Biodiversität, 145ff,294  
 Biobetriebe, 9ff,50,67,76,88ff,155,214ff,240ff  
 Bioenergie, 142,  
 Biogas, 142,283  
 Biokraftstoffe, 142,283  
 Biologischer Landbau, 50,67,88,204,294  
 Biologische Lebensmittel, 32,204  
 Biomasse, 120,260ff,283  
 Biomilch, 43,  
 Bioverbände, 120,260  
 Blühstreifen, 194ff,204  
 Blumenbaubetriebe, 94,194ff  
 Bodenklimazahl, 266,294  
 Bodennutzung, 225  
 Borkenkäfer-Schadholzmengen, 147,  
 Bracheflächen, 194ff,204  
 Brutto-Investitionen, 104,230ff,294  
 BSE, 260ff,295  
 Buchführungsbetriebe, 26,78ff,90,98,230ff,311  
 Bundesgesetze für die Land- und Forstwirtschaft,  
 Bundesländer - Einkommen, 75,  
 Butter, 32,112,

### C

COREPER, 295  
 Cross Compliance, 285,295

### D

Dauerkulturbetriebe, 79,83,91,235  
 Dinkel, 88,194ff,204  
 Direktvermarktung, 56  
 Direktzahlungen, -Verteilung, 130ff,260ff,272ff  
 Dienstleistungen, 18,118,183ff  
 Düngemittel, 21,26,187  
 Durum, 88,194ff,204

### E

EGFL, Abteilung Garantie, 288,295  
 eGovernment, 129  
 Eiermarkt, -verbrauch, 18,29,32,42,45ff,51,200,192ff  
 Eigenkapital, 103,230ff,295  
 Einheitswert, 137ff,282,296  
 Einkommensergebnisse, 10,79ff,95,230ff  
 Einkommensermittlung,  
 Einkommenssit.- Sozioökon. Gliederung, 10,79,88ff,98ff,105,246ff  
 Einkommensverteilung, 86,100,248ff  
 Einkünfte aus Land- u. Forstwirtschaft,  
 79ff,85,89,95ff,101,105,138ff,230ff,248ff

Eiweißpflanzen, 17,35,79,194ff  
 Empfehlungen der § 7-Kommission, 170ff,  
 ELER, 159,287,295  
 Energie, -aufwand, 22,26,118,283  
 Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft, 15,183  
 Entwicklung des Agrarsektors, 14ff,183ff  
 Erdäpfel, 32,37,51,88,172,194ff,198,204,  
 Erdbeeren, 194ff,204  
 Ernährung, 32ff,192ff  
 Erneuerbare Energieträger, 142ff,283  
 Ernte- und Risikoversicherung, 121,260ff  
 Erntehelfer, 73,  
 ERP-Fonds, 298  
 Ertrag, 80,85,88,106,230ff,298  
 Ertragsituation aller Bergbauernbetriebe, 9,76,84,237ff  
 Ertragsituation in den Spezialbetrieben, 91,242ff  
 Erwerbseinkommen, 102,230ff,298  
 Erzeugergemeinschaften, 113,260ff  
 Erzeugermilchpreis, 43,59,  
 Erzeugerpreise, 39,57ff  
 EU, 12,27,42,69,298  
 EU-Agrareinkommen, 12,19,106,158ff,258  
 EU-Forschungsprogramme, 299  
 EU-Haushalt, 29,34,69,106,158ff,285ff  
 EU-Mitgliedstaaten, 106,224ff,258,285  
 EUROSTAT, 224ff,299  
 EU-Verordnungen,  
 Exporte, 27,191ff

**F**

Faktoreinkommen, 15,183,300  
 Feldfrüchte, 36,65,194ff,204  
 Feldgemüsebau, 17,29,34,38,65,196  
 FAO, 164ff,225,300  
 Fische, 29,47,122,200  
 Fischerei, 183,190ff  
 Flächenprämien, 110,260ff  
 Fleischleistungskontrolle, 202  
 Fleischwarenindustrie, 24,29,32,51,200  
 Förderungen für die Land- und Forstw., 11,18,108,260ff  
 Förderungen, Verteilung, 130,272ff  
 Förderungsrecht,  
 Forschungsausgaben, 122,260ff  
 Forstliche Förderungen, Maßnahmen, 121,260ff  
 Forstliche Produktion, 48ff,57,81,203,208  
 Forstrecht,  
 Forstwirtschaft, 19,62,121,183ff,189,203,209ff,225,260ff  
 Forstwirtschaftliche Gesamtrechnung, 19,183  
 Frauen in der Landwirtschaft, 74,228ff  
 Frostversicherung, 121,260ff  
 Fruchtartenverteilung, 65,194ff  
 Futterbaubetriebe, 79,81,89,91,234,243  
 Futtergetreide, 34,59,194ff,204  
 Futtermittel, 21ff,31,26,187  
 Futtermittelkontrolle, 52  
 Futterpflanzen, 17,194ff,204

**G**

Gartenbau, 38,94,194ff,218  
 GATT/WTO,

Gefahrenzonenplan, 126,  
 Geflügel, 18,42,45,51,200,219ff  
 Geldflussrechnung, 86,104,255  
 Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), 11,110ff,158,262ff,285  
 Gemeinschaftsinitiativen, 119,260ff  
 Gemischtbetriebe, 82  
 Gemüsebau, 17,28ff,32,38,51,57,194ff,198,218  
 Genossenschaften, 22  
 Genussregion, 32,  
 Geo-Informationssystem (GIS), 300  
 Gesamteinkommen, 102,230ff,300  
 Gesamternte, 194ff,204  
 Gesamtvermögen, 102,230ff,301  
 Gerste (Winter-, Sommer-), 36,65,88,194ff,204  
 Gesamtausgaben der Land- und Forstwirtschaft, 26,230ff  
 Gesamteinkommen je Betrieb, 88,102,230ff  
 Gesamtwirtschaft, 14ff,183ff  
 Gesetze, 190ff,315  
 Getränke, 29,31,190ff  
 Getreide, -bau, -ernte, 16,28ff,32,34ff,59,65,111,194ff,204  
 Gewässerschutz, 150,284  
 Gewürze, 190ff,194ff,204  
 Größenklasse, 78,209ff,224,228  
 Großvieheinheit (GVE), 284,301  
 Grundwassergebiete, gefährdet, 151,284  
 Grünlandflächen, Betrieb, Verteilung, 40ff,68,198,210ff,225  
 Gütersubventionen, 18,301

**H**

Hackfruchtbau, 16,65,79,194ff,204  
 Hafer, 88,194ff,204  
 Hagelversicherung, 121,260ff  
 Hanf, 194ff,204  
 Haupterwerb und Agrarstruktur, 63,209  
 Hektarerträge, 195ff  
 Hochwasserschutz, 126,  
 Holznutzung, -einschlag, 8,48,203,225  
 Holzpreis, 8,31,48ff,208  
 Honig, 47,111,198  
 Hopfen, 37,194ff,204  
 Hülsenfrüchte, 37,194ff,204

**I**

Imkerei, 47,111,260ff  
 Import, 28,190ff  
 Index, 57ff,105,184,301  
 INLB, 106,  
 Innovationsförderung, 120,260ff  
 Intervention, -preis, 111,263,302  
 Interventionsbestände (EU), 112ff,  
 INVEKOS, -Daten, 63,67,140,160,211ff,218,273ff,302  
 Investitionen, bauliche, maschinelle, 58,230ff,305  
 Investitionsförderung, 120,260ff

**J**

Jahresarbeitsinheit (JAE), 73,226,302

**K**

Kaffee, 29,190ff  
 Kali, 21,187

Kakao, 29,190ff  
 Kapitalproduktivität, 302  
 Käse, 24,32,192ff,201  
 Kennzahlen, 86,102,250ff  
 Kinderzuschuss, 137,279  
 Kleinalternativen, 196  
 Körnerleguminosen, 37,65,194ff,204  
 Körnermais, 16,65,79,88,194ff,204  
 Krankenversicherung, SVB, 103,135,277ff  
 Kulturartenverteilung, 20,64,210ff,269

**L**

Lagerhaltungskosten, 111,260ff  
 Landesförderungen, 261  
 Landjugend, 126,  
 Ländliche Entwicklung, 108ff,113ff,131,159,264ff,276,288  
 Landmaschinen, 22  
 Land- und forstwirtschaftliche Betriebe, 62ff,79ff,209ff,230ff,311  
 Landwirtschaftliche Arbeitskräfte, 73,102,226ff,252  
 Landwirtschaftliches Faktoreinkommen, 15,183  
 Landwirtschaftliches Einkommen in der EU, 19,185  
 Landwirtschaftliche Investitionsförderung, 120,260ff  
 Landwirtschaftlich genutzte Fläche, 69ff,105,209ff,218ff,303  
 Landwirtschaftliche Nebentätigkeiten, 55ff,98,136,205,281  
 Landwirtschaftsgesetz, 327  
 LEADER, 119,131,159,260ff,276  
 Lebensmittel, Lebensmittelsicherheit, 7,23,27,51,188,190ff  
 LFBIS, 303  
 Leistungsabgeltungen, 260ff  
 Löhne der LandarbeiterInnen, 105,206,227

**M**

Mais, 36  
 Maßnahmen, 108,120,260ff  
 Marketingmaßnahmen, 127,260ff  
 Marktfruchtbetriebe, 57,79,83,89,91,235  
 Marktleistung von Getreide, 34,194ff  
 Marktordnung, 110ff,158,262,303,323  
 Maschinen und Geräte, 22,58,120,189  
 Maschinenringe, 56,120,205  
 Mehrjähriger Vergleich, 105,256  
 Milchkuhprämie, 260ff  
 Milchleistungskontrolle, 202  
 Milchlieferanten, 201  
 Milchlieferung in der EU, 43,111,225  
 Milchmarkt, 24,134,201  
 Milchprodukte, Absatz, Ausfuhr, Erzeugung, 17,28ff,32,43,51,201  
 Milchproduktion, 42,93,201  
 Milchquoten, 9,43,67,223  
 Mineralölsteuer, 109,  
 Mitgliedstaaten (EU), 69ff,158ff,191ff,224ff,258,285,288  
 Modulation, 111,263  
 Mohn, 37  
 Molkereien, 23  
 Mühlenindustrie, 25  
 Mutterkuhprämie, 110,263

**N**

Nachgelagerte Wirtschaftsbereiche, 20ff,186ff  
 Nachhaltige Entwicklung, 142ff

Nachwachsende Rohstoffe, 143ff,283  
 Nationalpark, 153,  
 NATURA 2000, 218,303  
 Naturschutzmaßnahmen, 118ff,269  
 Nebenerwerbsbetriebe, 63,209,304  
 Nebentätigkeiten, 18,205,281  
 Netto-Investitionen, 104,230ff  
 Niederlassungsprämie, 114,260ff  
 Nitrat, 151ff,284  
 Nüsse, 29,197,218  
 NUTS, 304

**O**

Obstbau, 17,28ff,32,39,51,57,197ff,218  
 OECD, 164ff,304  
 Öffentliche Gelder, 79,82,102,230ff,253,304  
 Ökostrom, 142ff,283  
 Ölfrüchte, 16,30,34ff,65,194ff,204,225  
 Ölkürbis, 16,37,194ff,204  
 ÖPUL, 11,41,50,108ff,116,130,155,160,267ff,273,305

**P**

Pachtflächen, 212  
 Papierindustrie, 48ff,203  
 Pauschalierung, 305  
 Pensionsversicherung, 136ff,277ff,305  
 Pferdehaltung, 47,66,220ff  
 Pflanzenöl, 29,198  
 Pflanzenschutzmittel, 20ff,26,52,186,205  
 Pflanzliche Produktion, 8,16,34ff,194ff  
 Pflegegeld, 135ff,279,305  
 Phosphor, 21,187  
 Präsidenschaften, 161,  
 Preise (Index), 8,57ff,184,206ff  
 Privatverbrauch, 86,103,254  
 Produktion, 8,34,  
 Produktionsgebiete, landwirtschaftliche, 50,78,95,244  
 Produktionswert, 7,15,18,183ff,305  
 Produktprämien, 111,260ff  
 Pro-Kopf-Verbrauch, 32,192,198ff  
 PSE, 306

**Q**

Qualitätssicherung, Pflanzen, 120,259ff  
 Qualitätssicherung Tiere, 120,259ff

**R**

Raps, 35,65,194ff,204  
 Ratsentscheidungen 2010, 161,  
 Rechtsgrundlagen der EU, 323  
 Reis, 198,287ff  
 Rinderhaltung, -markt, -rassen, -zucht, 18,44,66,219ff  
 Rinder, Preise, Produktion, Schlachtungen, 42,44,199,208  
 Roggen, 36,65,194ff,204

**S**

Saatgutwirtschaft, 20,26,186  
 Sägeindustrie, 48,203  
 Schafbestand, -haltung, Produktion, 18,42,44ff,66,199,201,219ff  
 Schlachtprämie, 110,287

Schutzwaldsicherung, 145,148,  
 Schutzwasserbau, 127,135,259  
 Schweine, -haltung, -markt, -zucht, 18,45,66,219ff  
 Schweine Preise, Produktion, Schlachtungen, 17,42,199,201,208  
 Selbstversorgungsgrad, 32,192,198ff,306  
 Silomais, 65,194ff,204  
 Sojabohne, 34,88,194ff,204  
 Solarenergie, 144,  
 Solleinkommen, 104,253  
 Sonnenblumen, 35,65,194ff,204  
 Soziale Sicherheit, 12,135,277ff  
 Sozioökonomische Gliederung, 98,246ff  
 Sozialversicherung, 103,135,  
 Speiseerdäpfel, 37,65,194ff,204  
 Spezialbetriebe, biologisch wirtschaftend, 91  
     Gartenbau, 94  
     Obstbau, 91,242  
     Rinderhaltung, 93,243  
     Schweinehaltung, 92,243  
     Weinbau, 92,242  
     Marktfruchtbau, 91,242  
     Milchwirtschaft, 93,243  
     Waldausstattung, 94,243  
 Standarddeckungsbeitrag (StDB), 211,230ff,308  
 Stärkeerdäpfelanbau, 37,207,262,172  
 Stärkeindustrie, 25,262  
 Steuern in der Landwirtschaft, 14,313  
 Stickstoff, 187  
 Stickstoffanfallswerte, 21,284  
 Streuungsplan, 311  
 Strom, 22,142,263  
 Strukturdaten der Forstwirtschaft, 62ff,203  
 Strukturdaten der Landwirtschaft in der EU, 69ff,225  
 Strukturhebung, 62,209ff  
 Strukturfonds, 288,308  
 Strukturfonds Fischerei (EFF), 122,260ff

**T**

Tee, 29,190ff  
 Teichwirtschaft, 47,202  
 Tierärzte, 53  
 Tiergesundheit, TGD, 53,205  
 Tiergerechtheitsindex (TGI), 308  
 Tierische Erzeugung, 16ff,199ff  
 Tierische Fette und Öle, 30,200  
 Tierische Produktion, Haltung, 8,42ff,57,199ff  
 Tierprämien, 110,260ff,263  
 Tierschutz, 54  
 Tierseuchen, 54,122,260ff  
 Tourismus und Landwirtschaft, 55,154,205  
 Traktorzulassung, 22  
 Treibstoffe, Landwirtschaft, 22  
 Trockenfutter, 37,111

**U**

Umweltmaßnahmen, 113ff,260ff  
 Umweltprogramm (ÖPUL), 11,108ff,116,159,267ff,273  
 Unfallversicherung, 138ff,277ff,309  
 Unselbständig Beschäftigte, 73,227  
 Unternehmerhaushalt, 230ff,255,309

Urlaub am Bauernhof, 55ff,205  
 Über-/Unterdeckung des Verbrauchs, 86,92,101,103,249

**V**

Verarbeitung und Vermarktung, 120,260ff  
 Verbraucherpreisindex, 52,58,184,309  
 Veredelungsbetriebe, 79,83,232,236  
 Vergleich von Biobetrieben mit  
     konventionellen Betrieben, 88ff,241  
 Verkehrserschließung, 121,260ff  
 Vermögensrente, 309  
 Verordnungen, 315  
 Verschuldungsgrad, 86,103,230ff,309  
 Versicherung, 26,121,135,277f  
 Versorgungsbilanz, 198ff  
 Veterinärwesen, 22  
 Viehbestand, 67,219ff  
 Viehzählung, 66,219ff  
 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR), 15,183,226,309  
 Vorgelagerte Wirtschaftsbereiche, 20ff,186ff  
 Vorleistungen, 18,26,189,310

**W**

Wald, allgemein, 145  
 Walddialog, 146  
 Waldpolitik, 148  
 Waldschäden, 147  
 Wasserkraft, 144,284  
 Wasserrahmenrichtlinie, 150  
 Wasserrecht,  
 Wasserwirtschaft, 150,284  
 Weinbau, -ernte, -fläche, 17,32,34,40,57,79,113,196ff,218,260ff  
 Weinmarketingservice (ÖWM), 129  
 Weinrecht,  
 Weizen, 36,65,88,194ff,204,225  
 Welternährungssituation, 166  
 Welthandel mit Agrarprodukten, 34  
 Weltweite Entwicklung des Ackerlandes, 225  
 Wertschöpfung, 18,114,183  
 Wettersituation, 41  
 Wildabschuss, 202  
 Wildbach- und Lawinenverbauung, 121,126  
 Wildschäden, 145  
 Wildtierhaltung, 47,219  
 Windkraft, 144,283  
 Wirtschaftswachstum, 14,132  
 WTO, 12,164ff,310

**Z**

Zahlungen für die Land- und Forstwirtschaft, 260ff  
 Ziegen, 18,42,44ff,66,201,219ff  
 Zierpflanzenbau, 39,194ff,204  
 Zinsenzuschüsse, 120,260ff  
 Zucker und Zuckerwaren, 25,30,32,34,38,59,190ff,287  
 Zuckerrüben, -industrie, 35,38,194ff,204

Informationen zu Landwirtschaft, Lebensmittel,  
Wald, Umwelt und Wasser:

[www.lebensministerium.at](http://www.lebensministerium.at)



lebensministerium.at

Die Initiative GENUSS REGION ÖSTERREICH  
hebt gezielt die Bedeutung regionaler Spezialitäten hervor:

[www.genuss-region.at](http://www.genuss-region.at)



Die Kampagne vielfaltleben trägt bei, dass  
Österreich bei der Artenvielfalt zu den reichsten  
Ländern Europas gehört:

[www.vielfaltleben.at](http://www.vielfaltleben.at)



Das Aktionsprogramm des Lebensministeriums  
für aktiven Klimaschutz:

[www.klimaaktiv.at](http://www.klimaaktiv.at)



Die Jugendplattform zur Bewusstseinsbildung  
rund ums Wasser:

[www.generationblue.at](http://www.generationblue.at)



Das Österreichische Umweltzeichen ist Garant  
für umweltfreundliche Produkte und Dienstleistungen:

[www.umweltzeichen.at](http://www.umweltzeichen.at)



Der Ökologische Fußabdruck ist die einfachste  
Möglichkeit, die Zukunftsfähigkeit des eigenen  
Lebensstils zu testen. Errechnen Sie Ihren  
persönlichen Footprint unter:

[www.mein-fussabdruck.at](http://www.mein-fussabdruck.at)



[www.mein-fussabdruck.at](http://www.mein-fussabdruck.at)

Das Internetportal der Österreichischen Nationalparks:

[www.nationalparksaustria.at](http://www.nationalparksaustria.at)



„Bio“ bedeutet gesunde, hochwertige Lebensmittel,  
die keine Spritzmittel oder Antibiotika enthalten:

[www.biolebensmittel.at](http://www.biolebensmittel.at)



